:antifaschistische nachrichten Nr. 12

g 3336 19.6.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Schüler gegen Rechts“ präsentiert Projekt mit über 2700 involvierten Kölner SchülerInnen gegen rechtsextreme Partei „pro Köln“

Köln. Die Arbeitsgruppe „Schüler gegen Rechts“ der BezirksschülerInnenvertretung Köln hat ein Projekt mit über 2.700 SchülerInnen von über 30 Schulen als Zeichen gegen „pro Köln“ durchgeführt und dieses am 12. Juni mit einem riesigen Banner am DGB-Haus der Öffentlichkeit präsentiert *(siehe auch Seite 8)*.

Von Januar bis April 2008 waren SchülerInnen von „Schüler gegen Rechts“ in Kölner Schulen unterwegs und klärten über „pro Köln“ auf und fotografierten SchülerInnen, welche sich mit ihrem Foto gegen Rechtsextremismus in Köln, insbesondere gegen Pro Köln, stellen.

In der ersten erfolgreich abgeschlossenen Projektperiode haben 2700 SchülerInnen mit ihrem Foto gegen „pro Köln“ ein Zeichen gesetzt, außerdem wurden mehrere tausend SchülerInnen über die Rechtextremen im Schafspelz aufgeklärt.

Schon lange fordert SgR eine öffentliche Auseinandersetzung mit der rechten Problematik in Köln, und versucht durch verschiedene Projekte innerhalb und außerhalb von Schulen gegen Rechtsextremismus in Köln vorzugehen.

Schüler gegen Rechts
BezirksschülerInnenvertretung Köln
(BSV Köln)

info@sgr-koeln.de
http://sgr-koeln.de

BSV°KÖLN

Aus dem Inhalt:
VVN-Bundeskongress tagte in Berlin 5
La Nouvelle droite populaire gegründet 8

Kathastrophale Zustände im Lager Katzhütte

Erklärung von Rechtsanwalt Mülayim Hüseyin

Am 7. Juni 2008 hat eine Delegation von 12 Personen aus Hamburg das Flüchtlingslager in Katzhütte (Saalfeld-Thüringen) in Augenschein genommen. Wir haben mit einigen Flüchtlingen gesprochen und uns an der Demonstration beteiligt.

Die ca. sieben Gebäude in Katzhütte bestehen zum größten Teil aus Baracken, welche zur Zeit der DDR dem FDGB gehörten und als Ferienort genutzt wurden. Drei Häuser sind feste Bauten aus Stein. Das Lager liegt in einer ansonsten traumhaften idyllischen Gebirgslandschaft auf einem Hang, wo unten ein Bach fließt. Katzhütte selbst ist ein kleines Dorf mit zwei Kneipen und einem Supermarkt. Die nächst Stadt (Saalfeld) befindet sich ca. 40 Minuten Autofahrt entfernt. Hamza, ein 33jähriger palästinensischer Flüchtling, lebt seit vier Jahren in den Unterkünften von Katzhütte. Manche Familien, etwa eine armenische Familie, deren Vater in der Dusche vor einigen Wochen tot aufgefunden worden ist, lebt dort seit acht Jahren. Das dritte Kind ist sechs Jahre alt und in Deutschland geboren. Es kenne nichts anderes als dieses Lager. Zwar befinde sich im Dorf ein Arzt, aber Fachärzte seien nur in Saalfeld vorhanden. Mit den Dorfbewohnern habe man gar keinen Kontakt. Hamza berichtet, die Kneipen seien „privat“. Auf Nachfrage, was er damit meine, teilt er mit, diese seien nur für Deutsche. Auf die Frage, ob Flüchtlinge es denn versucht hätten, sich in die Kneipen zu setzen, sagt Hamza, diese seien weggeschickt oder ihnen sei mit bösen Blicken begegnet worden. Man gehe besser nicht in die Kneipen. Kontakt hätte er in diesen vier Jahren zu keinem einzigen Dorfbewohner bekommen. Die Flüchtlinge bekämen meistens böse Blicke. Zu Zwischenfällen mit den Bewohnern oder zu Ereignissen mit rechtsradikalem Hintergrund sei es jedoch nicht gekommen. Es herrsche nur Distanz, nur wenige würden grüßen. Die Lage des Lagers begründe eine Isolationshaft von ungewisser Dauer. Strafhäftlinge seien in einer besseren Situation, denn diese wüssten, wie lange sie absitzen würden. Das Landratsamt begründet hingegen die Ablehnung einer Schließung damit, man schade den Flüchtlingen, da diese in den Jahren ihrer dortigen Unterbringung untrennbare Kontakte zur einheimischen Bevölkerung entwickelt hätten. Nachdem der Asylantrag von Hamza nach zwei Jahren immer noch nicht entschieden worden war, habe er nachgefragt, auf was man

Fortsetzung Seite 14

Deutschland muss griechische und italienische NS-Opfer entschädigen

BERLIN. Griechische NS-Opfer können in Italien Entschädigungsansprüche gegen Deutschland durchsetzen, hat der römische Kassationsgerichshof im Falle des von der SS am 10. Juni 1944 in begangenen Massakers an 218 Einwohnern der griechischen Ortschaft Distomo beschlossen. Die Überlebenden und Angehörigen der Opfer hatten bislang keinen Cent Entschädigung durch die Bundesrepublik erhalten. Mit dem Urteil ist die Pfändung deutscher Liegenschaften in Italien durch einen griechischen Kläger rechtmäßig.

Auch ehemalige italienische Zwangsarbeiter dürfen nach einem Urteil des die Bundesrepublik auf Schadensersatz für ihre Leiden während der NS-Zeit verklagen. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die LINKE“ erklärte dazu:

Das Urteil des römischen Kassationsgerichtshofs ist überfällig. Es hat den Weg freigemacht für die von der PDS und der Partei DIE LINKE seit Langem geforderte Entschädigung der Nazi-Opfer in Griechenland und die zu Zwangsarbeit verschleppten italienischen Militärinternierten.

Unter Verweis auf ihre angebliche Staatenimmunität hatte die Bundesregierung selbst Urteile des obersten Gerichtshofes Griechenlands zurückgewiesen und versucht, sich vor ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern zu drücken. Zu Recht hat das Gericht in Rom dieses beschämende Verhalten verurteilt und klar gemacht, dass der deutsche Staat keine Immunität im Falle von Kriegsverbrechen genießt.

Jetzt müssen schnellstens Gelder für die Entschädigung der Opfer bereitgestellt werden. Sollte sich die Bundesregierung weiterhin weigern, müssen die gepfändeten deutschen Liegenschaften in Italien zwangsversteigert werden.

Ulla Jelpke, MdB ■

Wunschkandidat des rechten Rands

BERLIN/HAMBURG. Mit einer ganzseitigen Anzeige in der „Jungen Freiheit“ fordern die am rechten Rand beheimateten „Die Deutschen Konservativen“: „Horst Köhler soll deutscher Bundespräsident bleiben“. Köhler sei „ein beliebter und guter Bundespräsident“, „kein Parteigänger“ und habe angeblich die Unterstützung von 85 % der Deutschen für eine Wiederwahl, so der in Hamburg sitzende Verein um seinen Ende der 90er Jahre wegen Volksverhetzung verurteilten Vorsitzenden Joachim Siegerist. „Jeder anständige Deutsche“ müsse „dabei helfen“, eine Wahl Gesine Schwans zur Bundespräsidentin zu verhindern. Denn diese sei eine „eingefleischte Sozialistin“ und nach ihrer Wahl werde „eine rot-dunkelrote Machtübernahme“ folgen. Und dann hieße es „Gute Nacht, Deutschland“.

Angeboten wird, neben einer Unterschriftensammlung zur Unterstützung Köhlers, auch eine neue „Enthüllungs-Broschüre“ mit dem Titel „Gesine Schwan – Im Netz der roten Spinne“.

Im vergangenen Jahr hatte bereits die „Zivile Koalition für Deutschland e.V.“ begonnen, die Werbetrommel für Köhler zu schlagen. Der „Reformprozeß“ in Deutschland sei „in Gefahr“ und einer der letzten „Reformstimmen ist Bundespräsident Köhler“, hieß es dort im April 2007. Der Verein um die 1.Vorsitzende, Beatrix Herzogin von Oldenburg, ehemals Sprecherin der „Studenten für den Rechtsstaat“ und 2006 Interviewpartnerin der „Jungen Freiheit“, wolle die Wiederwahl Horst Köhlers zu einer „moralischen Volksabstimmung“ machen. Mit einer Unterschriftenkampagne und Informationsständen wolle man die „zivilen Kräfte“ für „die Wiederwahl Köhlers“ und „das Ende des Reformstaus“ mobilisieren. Unterstützung findet die „Zivile Koalition“ bei den früheren FAZ-Mitarbeitern Karl Feldmeyer und Klaus Peter Krause, die dem Beirat des Vereins angehören und heute u.a. für die „Junge Freiheit“ zur Feder greifen.

hma ■

Wohnung in Brühl durchsucht

BRÜHL. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP) hat die Polizei Ende Mai zwei Wohnungen eines 19jährigen in Brühl durchsucht. Dabei wurden neben mehreren Hakenkreuz-Fahnen, Sprühschablonen, ein PC und Aufkleber der ANP sichergestellt. Bereits im November vergangenen Jahres hatte die Polizei bei Wohnungsdurchsuchungen bei Anhängern der ANP, die Teil der neonazistischen „Aktionsgruppe Rheinland“ ist, zahlreiche Beweismittel sichergestellt.

abk ■

DGB begrüßt das Verbot des „Collegium Humanum“!

BERLIN. Der DGB begrüßt das am 7. Mai 2008 vom Bundesinnenminister erlassene Verbot des Vereins „Collegium Humanum“. Das Verbot, das der DGB-Bundesvorstand einen Tag zuvor erneut gefordert hatte, ist nach den Worten von Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach „konsequent, angesichts der rassistisch und nationalsozialistisch ausgerichteten Arbeit des Vereins“.

Bereits in den vergangenen Jahren habe es ausreichend Gründe und Beweise für die Verfassungsfeindlichkeit des Vereins gegeben, betonte Buntenbach am Mittwoch in Berlin. Der Verein und die ebenfalls verbotene Teilorganisation „Bauernhilfe e.V.“ sowie der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten“ seien über Jahre hinweg Sammelbecken rechtsextremer und neonazistischer Gruppen und Personen gewesen. In der vom „Collegium Humanum“ betriebenen Bildungseinrichtung seien Rechtsextreme ideologisch geschult worden für den Einsatz gegen die demokratische Ordnung der Bundesrepublik.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2008“ ■

„Widerstands“-Tagungen des IfS

ALBERSRODA. Unter dem Motto „Widerstand. Lage – Ziel – Tat“ will das um die „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) eine „deutschlandweite Kolleg-Reihe zur Lage der Nation“ durchführen. Die Tagungen sollen am 28. Juni in Frankfurt/Main (anvisiert sind 120 Teilnehmer), 12. Juli in Berlin (250 Teilnehmer), 4. Oktober in München (150 Teilnehmer) und am 5. Oktober in Düsseldorf stattfinden. Als Referenten werden der neurechte Publizist Karlheinz Weißmann (Thema: „Ziel – Unsere Politik“), der ehemalige „Junge Freiheit“-Redakteur Götz Kubitschek („Tat – Konservative Aktion“), Frank Lisson („Lage – Zur Legitimität des Widerstands“), Felix Menzel („Ikonen schaffen – Unsere Bilder“) von der „Blauen Narzisse“ und in Berlin außerdem der neurechte französische Publizist Alain de Benoist („Identität – Wir und die anderen“) angekündigt.

hma ■

Coole Nazis? Seminar zu rechtem Lifestyle und Musik

DÜSSELDORF. Schlauer statt Rechts – der Name der Kampagne der DGB Jugend NRW und ihrer Partnerorganisationen ist Programm. Mit dem Qualifizierungsseminar „Strukturen, Lifestyle und Musik der extremen Rechten“, das Ende Juni in Hattingen stattfindet, soll die rechte Szene in NRW genauer beleuchtet werden.

Das Seminar gibt einen Überblick sowohl über die Strukturen der extremen Rechten als auch über die lebensweltlichen Aspekte von Neonazis. Wie sieht – gerade bezogen auf NRW – das Verhältnis von NPD, Kameradschaften, „Pro“-

Ein Erfolg für die NPD? Kein Erfolg für die NPD?

Zum Ergebnis der extremen Rechten bei den sächsischen Kreistagswahlen am 8. Juni

1. Die NPD hat bei einem landesweiten Ergebnis von 5,1 Prozent bei den Kreistagswahlen 44 Mandate errungen. Zwei weitere (Landkreis Leipzig, Meissen) wurden nur knapp verpasst. Damit hat sich unsere Voraussage bestätigt, dass die NPD in allen neuen Kreistagen vertreten sein würde. Bei den gleichzeitig stattfindenden Landratswahlen trat die NPD in sieben von zehn Kreisen an (außer Nordsachsen, Landkreis Leipzig und Vogtland). Die Kandidaten der NPD erzielten dabei ausnahmslos bessere Ergebnisse als die Partei bei den Kreistagswahlen. In zwei Kreisen (Sächsische Schweiz, Görlitz) wurde sogar der Kandidat der SPD distanziert.

2. Das Ergebnis bedeutet für die NPD eine Vervierfachung der bisherigen Mandatszahl und des bisherigen Stimmenanteils.

Dieser Erfolg relativiert sich, wenn berücksichtigt wird, dass im Gegensatz zu 2004 flächendeckend angetreten werden konnte. Bisherige Schwerpunkte der NPD wurden bestätigt, wenn der Neuzuschnitt der Kreise berücksichtigt wird. So ist im neuen Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu berücksichtigen, dass im ehemaligen Weißeritzkreis erheblich schlechtere Ergebnisse als in der Sächsischen Schweiz erzielt wurden, was das Gesamtergebnis drückt.

Die gleiche Ursache ist für das mäßige Abschneiden im Landkreis Leipzig auszumachen, wo sich die schwächere Region (Leipziger Land) negativ auf die tradierte Hochburg (Muldentalkreis) auswirkte. Insgesamt ist festzustellen, dass es in den Hochburgen bis auf ganz wenige, lokal bedingte Ausnahmen (Königstein, Wurzen) keine Rückschläge gegeben hat.

3. Zugleich sind neue Hochburgen hinzugekommen (Görlitz, Bautzen, Erzgebirgskreis). Die gleiche Aussage lässt sich für die Ebene der Städte und Gemeinden machen.

Hier ist besondern hervorzuheben, dass die NPD mit Kamenz erstmals in Sachsen in einer bisherigen Kreisstadt (18.000 Einwohner) mit 10,4% ein zweistelliges Ergebnis erzielen konnte. Dies ist umso bemerkenswerter, da Kamenz zudem eine traditionelle Hochburg der LINKEN war und ist.

Es zeichnet sich die Tendenz ab, dass eine starke LINKE in einer Kommune keineswegs ein Garant für ein schlechtes Abschneiden der NPD ist.

4. Der gelegentlich von „Experten“ (Jesse, Patzelt) herangezogene Vergleich zu den Landtagswahlen vom September 2004, wonach die NPD knapp die Hälfte ihrer Stimmen verloren habe, ist weder hilfreich noch zulässig. Mit gleicher Berechtigung könnte behauptet werden, das Wahlergebnis vom 8. Juni sei ein Indiz für einen überwältigenden Wahlerfolg der NPD bei der Landtagswahl 2009, da 2004 das Resultat für den Landtag um ein Vielfaches höher lag als das der Kommunalwahlen. Landtagswahlen können nur mit Landtagswahlen verglichen werden, Kommunalwahlen nur mit Kommunalwahlen. Allerdings lassen die vorliegenden Ergebnisse die Prognose zu, dass sich die Erfolgsaussichten für die Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 deutlich verbessert haben. War die NPD in den Landkreisen bisher überwiegend gesichtslos, so wird sich dies durch die Kreistagsfraktionen ändern. Zudem bringen die neuen Fraktionen zusätzliche Ressourcen.

5. Eine Auswertung der Ergebnisse der NPD in ihren jeweiligen Kreishochburgen zeigt, dass die Hoffnung, eine höhere Wahlbeteiligung werde zu einem Absinken des NPD-Anteils führen, sehr trügerisch sein dürfte. In den benannten Hochburgen war die Wahlbeteiligung jeweils mindestens durchschnittlich, in der Regel sogar deutlich über dem Durchschnitt liegend. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass die NPD ihre schlechtesten Ergebnisse in den Kreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (Zwickau, Vogtland) erzielte. In den beiden Kreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung (Erzgebirgskreis, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) dagegen schnitt sie deutlich überdurchschnittlich ab. Die reine Aufforderung „Wählen gehen!“ ist also nicht produktiv, entscheidend ist die Betonung „Demokratisch wählen gehen!“.

6. Im Vorfeld der Wahl war in den Medien behauptet worden, der NPD gehe „das Personal aus“. Es ist in der Tat zutreffend, dass die Zahl der Kandidaten der NPD relativ gering war. In einigen Kreisen (Nordsachsen, Vogtland) stand in vielen Wahlkreisen nur ein Kandidat auf dem Stimmzettel. In starken Kreisen der NPD (Landkreis Leipzig, Meissen) beschränkte man sich auf zwei Kandidaten pro Wahlkreis. Zudem ist festzuhalten, dass es in erheblichem Umfang zu einem „Export“ von Kandidaten aus den jeweils stärkeren Kreisteil in den schwächeren gekommen ist, um alle Wahlkreise abzusichern. Auch konnten im Vergleich zu den letzten Wahlen kaum „respektable und angesehene Persönlichkeiten“ hinzugewonnen werden. Dort, wo es möglich war, setzte die NPD dagegen auf langjährig erfahrene Parteifunktionäre sowie auf bisherige Mandatsträger. Es ist auffällig, dass sich verhältnismäßig wenige junge Leute auf den Kandidatenlisten finden. Bei Kommunalwahlen als überwiegenden Personenwahlen stellen solche Faktoren ein negatives Merkmal für die betroffene Partei dar. Bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr dagegen fallen solche negativen Umstände weniger ins Gewicht. Es gibt zwar Indizien dafür, dass der Personalmangel der NPD der Partei geschadet hat (z.B. Vogtland), doch sollte dies nicht überbewertet werden.

7. Es muss beobachtet werden, ob sich der Trend zur Einbeziehung bekannter Aktivisten der neonazistischen „Freien Kräfte“ (z.B. Maik Scheffler in Nordsachsen, Daniel Peschek in Zwickau) bei den Kommunalwahlen 2009 oder gar den Landtags- und Bundestagswahlen fortsetzen wird. Dies wäre zweifellos eine weitere Stärkung der Kampagnenfähigkeit der NPD. Ein weiteres Indiz für eine solche Entwicklung ist die aktuelle Situation in Thüringen, wo inzwischen von einer engen Verflechtung zwischen NPD und Kameradschaftsszene bzw. anderen parteifreien Strukturen ausgegangen werden muss. Allerdings ist diese Entwicklung in der sächsischen NPD offenbar nicht unumstritten. Dies gilt besonders für die engere Gefolgschaft von Holger Apfel.

8. Der Wahlerfolg der NPD im September 2004 war vielfach auch damit erklärt worden, dass damals eine rechte Konkurrenzkandidatur vermieden werden konnte.

Diese Aussage war zweifellos korrekt. Inzwischen hat sich die Lage drastisch verändert. Regionale Hochburgen der NPD sind auch in Orten auszumachen, in denen es gleichzeitig eine oder mehrere rechte Konkurrenzantritte gab, die sogar ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten (besonders deutlich zu beobachten im Ostteil des ehemaligen Kreises Riesa-Großenhain).

Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass ein erheblicher Anteil der NPD-Wählerschaft inzwischen als Stammwähler be-

zeichnet werden muss. Der Anteil der so genannten Protestwähler dagegen nimmt weiter ab.

9. Es lässt sich der Trend ausmachen, dass das mit Blick auf die Landtagswahlen 2009 von der DSU initiierte „Bündnis für Sachsen“ (u.a. mit der Sächsischen Volkspartei [SVP] und den REPublikanern) nicht in der Lage sein dürfte, die Hegemonie der NPD innerhalb der extremen Rechten erfolgreich zu brechen. Die DSU selbst hat fast die Hälfte ihrer bisherigen Kreistagsmandate verloren (Rückgang von 23 auf 12 Abgeordnete). Das für die DSU herausragende Resultat bei der Landratswahl in Nordsachsen (10,9%) kann zumindest teilweise auch auf den Umstand zurückgeführt werden, dass die NPD in diesem Fall auf einen eigenständigen Wahlantritt verzichtet hatte. Noch desaströser ist das Abschneiden für die Partner der DSU. Bei den wenigen Bürgermeisterkandidaturen der REPs, in der Regel auf dem Ticket der SVP, blieben diese deutlich unter der 5%-Marke, sammelten also noch nicht einmal nennenswert Proteststimmen. Die Sächsische Volkspartei des früheren NPD-Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt (Meissen) konnte noch nicht einmal die Voraussetzungen für eine eigenständige Kandidatur zum Kreistag erfüllen.

10. Auch eine Erweiterung des Bündnisses durch die Wählergemeinschaft des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche (früher CDU), über die gelegentlich spekuliert wurde, dürfte an dieser Einschätzung nur wenig ändern, denn auch dessen Erfolg im Kreis Bautzen (4,7% im Kreis, 13,2% bei der Landratswahl) erweist sich als relativ. Außerhalb seines Stammkreises Kamenz lässt die Zugkraft deutlich nach. Doch auch dort blieb das Ergebnis hinter den eigenen Erwartungen zurück, wenn es auch bedrückend ist, dass der rechte Rand der CDU weiterhin ein erhebliches Potenzial für neue Strukturen der extremen Rechten darstellt.

11. Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Glogowski (SPD) äußerte in Bezug auf die Parteien der extremen Rechten und deren Unterschiede in Programmatik, Auftreten, Wählerspektrum und Sozialstruktur: „Ich weigere mich, Scheiße nach Geruch zu sortieren.“ Dem ist zuzustimmen. Zwar sollten diese Unterschiede wie auch lagerinterne Differenzen zur Entwicklung antifaschistischer Gegenstrategien gründlich analysiert werden, doch vertreten sie alle – NPD, REPublikaner, DSU, SVP, Freiheitliche Partei Deutschlands, die Gruppe um Nitzsche – unterschiedslos nationalistische und rassistische Positionen. Kooperation, Absprache oder auch nur Gespräche jenseits des parlamentarisch Notwendigen sind deshalb auszuschließen. Für diese Position ist auch bei den anderen demokratischen Parteien zu werben.

Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschistische Politik der LINKEN.Sachsen ■

Parteien und Autonomen Nationalisten aus? Wie sehen Organisationsstrukturen aus, wie funktioniert die Finanzierung? Weiter geht es um Dresscodes, Kleidung, Symbole und Codes. Denn Rechte laufen längst nicht mehr allein in Bomberjacke und Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln herum. Immer öfter sind sie auch in T-Shirts von Che Guevara oder dem „Pali-Tuch“ zu sehen. Linke Symbole werden von ihnen verfremdet und die Ästhetik übernommen. Aber warum verwenden Neonazis inzwischen auch linke Symbole? Welche Musik ist in der Post-„sLandser“-Ära angesagt? Diese Fragen will das Seminar klären helfen.

Information und Anmeldung:
Strukturen, Lifestyle und Musik der extremen Rechten. 27.–29.6.2008

info@dgb-jugend-nrw.de ■

Verhaftung des Vorsitzenden der LINKEN. im Römer ist ein Skandal!

FRANKFURT. Zur Festnahme des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Römer, Lothar Reininger, am 5. Juni auf dem Frankfurter Börsenplatz erklärt die IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt:

Als handfesten Skandal erachtet die IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt, dass die Verteilung eines Flugblatts mit dem Titel „Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze“ einen brutalen Polizeieinsatz zur Folge hat. Lothar Reininger hat sein Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen, als er vor dem Stand der Bundeswehr auf der Berufsbildungssmesse gegen weltweite Einsätze der Bundeswehr protestierte und Flugblätter verteilte. „Reininger, seit 30 Jahren Mitglied der IG Metall, früheres Ortsvorstandsmitglied in Frankfurt und bis zur Schließung des Unternehmens Betriebsratsvorsitzender der Adler-Werke, bringt in dem verteilten Flugblatt zum Ausdruck, was wir als IG Metall auch in weiten Teilen unterstützen,“ so Katinka Poensgen, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Frankfurt. „Weil wir uns Kollegen Reininger, den zum Ausdruck gebrachten Positionen und demokratischen Bürgerrechten zutiefst verbunden fühlen, protestieren wir aufs schärfste gegen diesen ungeheuerlichen Vorgang“, so Poensgen weiter.

Kollege Reininger kann sich auch im weiteren Verlauf möglicher Streitigkeiten in dieser Angelegenheit der Unterstützung seiner IG Metall sicher sein!

PM IG Metall ■

BKA-Gesetz ist Angriff auf Grundgesetz

BERLIN. Zum heute vom Kabinett verabschiedeten Entwurf des BKA-Gesetzes erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Die sogenannte Sicherheitspolitik der Bundesregierung hat eine klare Stoßrichtung: Sie läuft darauf hinaus, den allwissenden und allmächtigen Staat auf der einen Seite und den allzeit kontrollierten gläsernen Bürger auf der anderen Seite zu schaffen.

Auch beim BKA-Gesetz machen sich Innenminister Schäuble und Justizministerin Zypries daran, Freiheits- und Grundrechte zu schleifen. Unverletzlichkeit der Wohnung, Trennung von Polizei- und Geheimdienstaufgaben, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung – die Bundesregierung geht über all dies glatt hinweg, genauso wie über den föderalen Aufbau der Polizei.

Damit ist das BKA-Gesetz einer der größten Anschläge auf das Grundgesetz, die bislang von der Großen Koalition unternommen worden sind.

Die Online-Durchsuchung und die heimliche Videoüberwachung von Privatwohnungen sind nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE klare Rechtsbrü-

che. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach entschieden, dass jeder Bürger, auch der von Polizei und Geheimdiensten Beschuldigte, einen Rechtsanspruch auf seine ungestörte Privatsphäre hat. Versteckte Kameras haben in Wohn- und Schlafzimmern nichts zu suchen. Dass das BKA beim Ausspähen von Festplatten selbst entscheiden will, welche Daten es als „privat“ den Richtern vorlegen will und welche nicht, stellt die Idee der Kontrolle auf den Kopf.

Mit dem Umbau des BKA zur bundesweit tätigen, präventiv vorgehenden, mit Festnahme- und anderen operativen Kompetenzen ausgestatten Superbehörde nähert es sich dem Modell des amerikanischen FBI an.

Bedenken gegen diese Entwicklung gibt es nun offenbar auch in der SPD – das Bedenkentragen allein nützt der Demokratie aber nichts. DIE LINKE wird das Gesetz, sollte es beschlossen werden, vor das Verfassungsgericht bringen.

Ulla Jelpke, MdB ■

Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus! Neuer ver.di Arbeitskreis ZAKO nimmt die Arbeit auf

Im November 2007 gründete sich ZAKO (Zentraler Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus) in ver.di. Der Arbeitskreis soll Aktivitäten koordinieren, Sachkenntnisse und Erfahrungen bündeln sowie Handlungshilfen erarbeiten und bereitstellen.

ZAKO nahm sofort die Arbeit auf und traf sich bereits mit VertreterInnen der englischen Gewerkschaft UNISON in Manchester und tauschten sich aus zum Thema Handeln gegen Rechts durch Internationale Solidarität. Mit der Gründung von ZAKO setzt ver.di einen Gewerkschaftstagsbeschluss um. Zuvor fanden bereits fünf Workshops statt, die der Bereich Politik und Planung der ver.di Bundesverwaltung zu den Themen: Rassismus und Gewerkschaften; Argumente gegen Stammtischparolen; Bildungskonzept Gedenkstätten; Zuwanderung und Integration sowie Nationalismus und Standortdebatte organisierte.

Kontakt: ver.di Bundesverwaltung politik-und-planung@verdi.de

■

Anfrage zur Verbindung von Rockern und Neonazis

BERLIN. Nachdem mehrfach Konzerte von Nazi-Rock-Gruppen auf dem Gelände von Rockerclubs (MCs) stattfanden und eine zunehmende Szenevermischung zwischen Anhängern von MCs und Neonazis zu beobachten ist, stellte die Abgeordnete Ulla Jelpke von der Fraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. (BT-Drucksache 16/9223)

Die Antwort der Bundesregierung ist insgesamt relativ wenig aussagekräftig: Bislang fallen keine Motorradclub unter das Bundesverfassungsschutzgesetz (BverfSchG). Die Kontakte zwischen der rechtsextremen Szene und Rockern sind „auf einige wenige, einzelfallbezogene Kontakte“ beschränkt. Das BKA verfügt nur in soweit über Informationen, die eine Korrelation zwischen politisch motivierten Straftaten und Mitgliedschaft in einem Motorrad- oder Rockerclub ergeben, als die LKAs diese übermitteln. Eine gesonderte Erfassung beim BKA findet nicht statt. Bezüglich von Konzerten mit der Beteiligung von Bands der rechtsextremistischen Szene auf Geländen von Motorradclubs sind der Bundesregierung nur vereinzelt Erkenntnisse bekannt, die jedoch aus ‚operativen Gründen‘ nicht veröffentlicht werden.

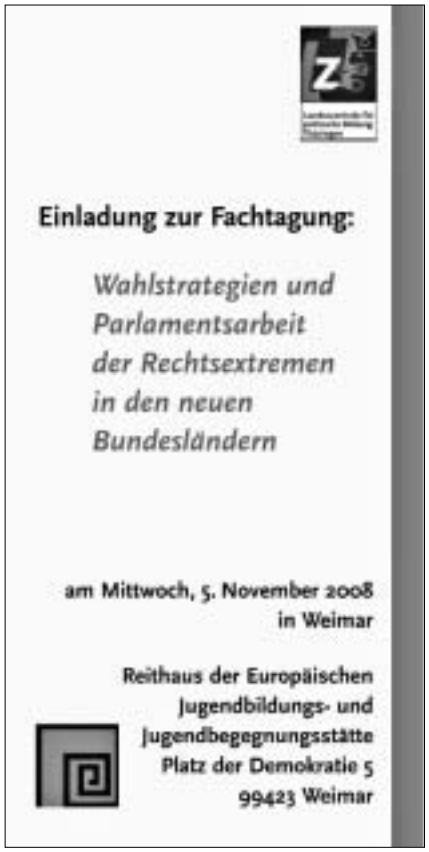
Die Antwort der Bundesregierung kann auf www.ulla-jelpke.de nachgelesen werden.

Ulla Jelpke, MdB ■

NPD-Referent bei Burschenschaft Germania

HAMBURG. Am 12. Juni 2008 soll der österreichische Neofaschist Richard Melisch bei der „Hamburger Burschenschaft Germania“ einen Vortrag mit dem Titel „Der letzte Akt der Globalisierer“ halten. Damit bestätigt die völkische Korporation aus der Sierichstr. mal wieder ihre guten Verbindungen in neofaschistische Lager. 2007 erschien im offiziell als „rechtsextremistisch“ eingestuften Verlag Grabert-Hohenrain das fast wortgleiche Buch Melisch‘s mit dem Titel „Der letzte Akt – die Kriegserklärung der Globalisierer“.

Im Frühjahr tourte Melisch dann mit seinem Buch und Vortrag zu diversen Gesprächskreisen der NPD in süddeutschen Bundesländern. Die militante Jugendorganisation der NPD schrieb im März nach einem solchen Vortrag: „Die JN Heilbronn dankt Richard Melisch für Wahrheiten aus erster Hand, und dass er uns an seinem reichen Erfahrungsschatz teilhaben ließ.“ Der Antisemit Melisch ist bei den Germanen kein Unbekannter. Im April 2006 referierte er auf dem Haus zum Thema „Verdrängungskampf um die letzten Ölreserven“. Einen gleichnamigen grundlegenden Artikel veröffentlichte der selbsternannte Nahost-Experte der extremen Rechten in der März-Ausgabe 06 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“. Melisch schreibt für diverse rechte Blätter, in den neonazistischen Huttenbriefen (5-6/2004) erklärte er den Terror Bin Ladens zum „Freiheitskampf gegen die USA und den Zionistenstaat Israel.“ Im Dezember 2004 referierte er für die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“. Die Nähe der Burschenschaft Germania zur NPD ist nicht nur ideologisch, sondern auch sehr persönlich. Unter ihren Aktiven befindet sich mit André Kinnigkeit ein NPD-Funktionär, der 2007 Delegierter beim Landesparteitag der Hamburger Neofaschisten war. Damals wurde Jürgen Rieger zu Vorsitzenden gewählt. *erk* ■



Geburtstagsgruß für Fleissner

München. Die 1951 von Altnazis gegründete Monatszeitschrift „Nation & Europa“ hat in ihrer Juni-Ausgabe dem langjährigen Verleger Herbert Fleissner (Langen Müller, Herbig, Nymphenburger u.a.) zum 80. Geburtstag gratuliert. Fleissner habe sich „wie kaum ein zweiter“ nicht nur „um die Geistesfreiheit, sondern auch um die historische Wahrheit verdient gemacht“. Der Verleger habe den Mut aufgebracht, „unbequeme Themen anzupacken und nonkonforme Autoren ins Rampenlicht zu rücken“, so das neofaschistische Blatt und erwähnt dabei u.a. den früheren Waffen-SSler und „Republikaner“-Mitgründer Franz Schönhuber und den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving. Noch im April hatte sich Fleissner, der 2004 aus der aktiven Verlegerschaft ausgeschieden ist, persönlich auf dem Kongreß der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) in Suhl für die Verleihung der Ulrich-von-Hutten-Medaille der GfP bedankt.

hma ■

Landtagswahlkampf in Bayern zum Schwerpunkt der Faschisten erkoren

Zum mittlerweile 7. Werkstattgespräch des Kurt-Eisner-Vereins hatte dieser am 3.06. zwei Referenten einer der verdienstvollsten Initiativen in München eingeladen. Markus und Tobias von der antifaschistischen informations-, dokumentations-, und archivstelle München e.V., besser unter der Abkürzung aida-archiv bekannt, sollten ihre Arbeit und aktuelle Tendenzen in der extremen Rechten in Bayern darstellen.

aida-Archiv – Der Verein

Angesichts der Leistungen, die das aida-archiv für die antifaschistische Arbeit bislang erbracht hat, fiel die Selbstvorstellung ungewöhnlich bescheiden aus. Sie erfolgte durch einen fünfminütigen Film, der anlässlich der Verleihung des Preises „Münchner Lichtblicke“ gedreht wurde. Der Preis wird vom Verein Lichterkette e.V., dem Münchner Ausländerbeirat und der Landeshauptstadt alljährlich für besondere Verdienste um ein friedliches Zusammenleben in der Stadt verliehen.

Gegründet 1990 im Zuge des sich im Zusammenhang mit der Wende anbahnenden Wiedererstarken faschistischen Gedankengutes, sieht es der Verein v.a. als seine Aufgabe Hintergrundinformationen zu den agierenden Personen, Organisationen und Entwicklungen am rechten Rand zu recherchieren und dokumentieren. Hierfür sei die Mithilfe jedes Einzelnen notwendig. Auch scheinbar unbedeutende Dokumente, wie ein Nazi-Aufkleber, könnten helfen, neue Tendenzen in der rechtsextremen Theorie und Propaganda zu erkennen. So sei es nur durch Informationen einzelner Bürger gelungen, einer Naziband deren Übungsraum in München-Allach zu entziehen.

Die gewonnen Informationen werden Schulinitiativen, Jugendinstitutionen und sonstigen Multiplikatoren zur Verfügung gestellt. Besondere Aufmerksamkeit erlangte diese Tätigkeit im Zusammenhang mit dem geplanten Bombenanschlag auf die Eröffnungsfeier des Neubaus der Münchner Synagoge, der damals bundesweit durch die Schlagzeilen ging. Hier sei es gelungen die Presse mit Bildmaterial und Hintergrundwissen zu versorgen.

Bayerische Zustände – Unangenehme wissenschaftliche Studien

Wie wichtig die Arbeit des Archivs ist, wurde im Folgenden, mit Bildmaterial und Originaldokumenten untermauerten Referat deutlich, das die Planungen der NPD zum bevorstehenden Landtagswahlkampf skizzierte.

Im Gegensatz zu den vorangegangen Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen, für die die NPD jeweils nur wenige Tausend Euro zur Verfügung stellte, sieht sie in Bayern eine reale Chance in den Landtag einzuziehen und hat daher Bayern zum Schwerpunktwahlkampf erklärt. Ihre Hoffnung kann die NPD dabei nicht nur historisch begründen, schließlich gelang ihr hier bereits 1966 mit einem Wahlergebnis von 7,4 % und dem damit erreichten Einzug eines der besten und mittlerweile fast in Vergessenheit geratenen Ergebnisse der faschistischen Bewegung in der alten BRD. Auch neuere, beunruhigende Studien belegen wissenschaftlich, dass rechtsextremes Gedankengut in Bayern auf besonders gut gedüngten Boden fällt. Sowohl die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete und unter dem Titel „Vom Rand zur Mitte“ publizierte Arbeit von Oliver Decker und Elmar Brähler wie auch das im Suhrkamp-Verlag in der Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlichte Werk von Wilhelm Heitmeyer stellen eine unerwartet hohe Zustimmung zu typisch rechtsextremen Aussagen fest. So findet etwa die Behauptung „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ bundesweit eine Akzeptanz von ca. 60%. Bemerkenswert für Bayern ist insbesondere die Häufung von Menschen mit geschlossen rechtsextremen Weltbild. Um ein solches anzunehmen mussten die Teilnehmer einer der Studie bei allen Indikatoren, worunter etwa auch das Bedürfnis, nach einer starken politischen Führerfigur fiel, jeweils den Höchstwert erreicht haben. Da die Befragungen in Form von Interviews durchgeführt wurden, konnte die Herkunft der Beteiligten ermittelt werden, wobei 800 Befragte aus Bayern kamen. Für sämtliche Bundesländer wurde auf eine repräsentative Auswahl geachtet, so dass mit der Zahl von 14,3 % Befragten mit geschlossen rechtsextremen Weltbild in Bayern gegenüber 8,6 % im Bundesgebiet ein tatsächliches Gefälle als erwiesen gelten kann. Lediglich einige ostsächsischen Provinzen hätten vergleichbare Ergebnisse erzielt. Ein Unterschied zu rechtsextremistischen Einstellungen im Osten, die wesentlich durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägt seien, liegt jedoch im in Bayern deutlich stärker vorhandenem Antisemitismus. Es sei daher damit zu rechnen, dass die NPD hier einen Schwerpunkt auf antijüdische Hetze legen werde. Ansätze hierfür bestehen in der seit geraumer Zeit bestehenden Bezugnahme auf Befreiungsbewegungen im nahen Osten, etwa durch das Mitführen palästinensischer Fahnen auf Nazi-Demos, wie auch im Aufrechterhalten und Entwickeln typisch antisemitischer Verschwörungstheorien. So wurde etwa verbreitet, der Anschlag auf den Synagogenbau in München sei durch den damaligen Innenminister Beckstein selbst geplant worden, um von anderen Problemen abzulenken.

Der positive Bezug auf arabische Bewegungen, der auch in einer plakativen Unterstützung des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad aufgrund dessen Holocaust-Leugnung und atomaren Bedrohung Israels zum Ausdruck kommt, wird die Nazis jedoch nicht hindern, auch weiterhin antiislamische Ressentiments zu nutzen und zu fördern. So wurden Flugblätter gegen den Moscheebau in München-Sendling mit Ausnahme des Ortsnamens unverändert bei vergleichbaren Projekten in Baden-Württemberg verwendet.

NPD sieht Zerfall des etablierten Parteiensystems als Chance

Bei Betrachtung der Studien fällt auf, dass bisherige Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien das tatsächlich vorhandene Potential, von Ausnahmen abgesehen, nie ausschöpfen konnten. Ein weiterer Grund für die NPD gerade in Bayern Hoffnung zu schöpfen liegt daher darin, dass sie in der vermeintlichen Krise der CSU eine Chance für sich wittert. Die CSU, der es bislang schließlich immer gelungen ist, äußerst rechte Potentiale zu binden, hat jedoch nicht nur durch eigene Zerfallsprozesse der NPD Auftrieb gegeben. Ihre rassistische Kampagne im Kommunalwahlkampf, in welcher sie den Angriff zweier Jugendlicher auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn zur Stimmungsmache gegen Ausländer nutzte und den Startschuss für eine vergleichbare Hetze Roland Kochs in Hessen gab, hat den Einzug einer NPD-Tarnliste in den Münchner Stadtrat erst ermöglicht. Durch diese Kampagne wurden verdeckte Ressentiments hoffähig gemacht und die Unterschrift für die Faschisten von der Autorität der staatstragenden Partei in Bayern gedeckt. Der Kommunalwahlkampf der Rechtsextremen lehnte sich an die vorgegebene Stimmung durch einen ausgesprochen aggressiv-fremdenfeindlichen Wahlkampf an. So wurde auf Plakaten offen, mit der Parole „Kriminelle Ausländer raus“ vor dem Hintergrund eine Gruppe ausländischer Jugendlicher geworben.

Dass eben dies erfolgreich war, veranlasst die NPD diesen Stil auch im Landtagswahlkampf fortzusetzen, so dass mit einer unverblümt vorgetragenen ausländerfeindlichen Hetzte zu rechnen ist. Dafür spricht auch, dass der, durch diesen aggressiven Wahlkampf in den Stadtrat

geschwappte Karl Richter, als Spitzenkandidat zumindest für Oberbayern vorgesehen ist.

Allerdings zeigen die Studien sehr deutlich, dass nicht nur das konservative Lager Potential für die Faschisten bereit hält. Vielmehr verteilten sich die Werte rechtsextremer Positionen fast gleichmäßig über die Wähler aller Parteien. Lediglich die Grünen verzeichneten bundesweit einen unterdurchschnittlichen Wert, für Bayern gilt dies für die FDP. Als besondere Herausforderungen wird von den Nazis der Erfolg der Partei Die LINKE gesehen, wobei sie davon ausgeht, dass es in den Überzeugungen der Wähler Berührungspunkte gibt. Mit bereits gedrucktem Infomaterial der NPD konnte gezeigt werden, dass die NPD mit sozialen Forderungen gezielt auch von der LINKEN Stimmen abwerben will. Ist die Parole „Sozial geht nur national“ als solche noch recht eindeutig zu identifizieren, dürfte manchem bei Forderungen nach Abschaffung der Leiharbeit eine Unterscheidung schwer fallen. Daneben ist auch mit Versuchen zu rechnen, die Friedensfrage in nationalistischer Hinsicht umzudrehen und durch antiamerikanische Propaganda Schnittpunk-

Die Erfolge der NPD-Tarnlisten in München und Nürnberg und ihre Bedeutung für die Strategie der NPD

Was hindert die NPD, sich zu einer relevanten Kraft im politischen Leben der BRD zu ballen? Wieso können die neuen Nazis ihr großes Potential in der öffentlichen Meinung und in der Wählerschaft nicht heben? Ein Blick in die Vergangenheit gibt Aufschluss: Die Nazis versprechen Fürsorge. Sie wenden sich an Leute, die im sozialen Leben auf der Verliererseite stehen. Durch eine nationalische Ausrichtung der Wirtschaft und des Staates soll ihnen als Volksgenossen geholfen werden. Die rasstischen und antisemitischen Gewalttaten, die von der Nazi-Bewegung verrichtet werden, ziehen eine Grenze zwischen den „Deutschen“ und den „Fremden“. Unrecht und rohe Gewalttat zielen darauf, den Staat zu unrechten und rohen Gesetze zu veranlassen.

Die Nazis können auf verbrecherische Gewalttaten nicht verzichten, weil sie nur so die Ausgrenzung vorantreiben können. Das bringt sie in Gegensatz zur staatlichen Ordnung. Das Versprechen sozialer Hilfe an die deutschen Volksgenossen verlangt aber den Einsatz staatlicher Mittel. Nazipolitik braucht also die Perspektive einer „nationalen Einheit“, und das bedeutet, sie braucht eine Bündnisperspektive mit dem Konservatismus. Wenn sich das abzeichnet, wird es gefährlich. So lösten die verbrecherischen Anschläge auf die Unterkünfte von Asylsuchenden das Asylrecht auf und führten zu einer misshandelnden Verwaltungspraxis an Menschen, die Zuflucht suchen und diese Änderung wiederum stärkte die Nazi-Bewegung usw. usf.

Die als „Bewegung“ organisierte Gewalt gegen Andersdenkende und einfach nur als „Andere“ markierte Mitmenschen verbunden zu haben mit in Staat, Wirtschaft und Militär etablierten Kräften – das machte den Nimbus Hitlers aus. So wurde München zur „Hauptstadt der Bewegung“, der geschichtliche Ort des Brückenschlags zum Konservatismus. In Nürnberg, der „Stadt der Reichsparteitage“, zeigte die Partei in ihren Aufmärchen zu allem entschlossen, hier wurden anlässlich des 7. Parteitages der NSDAP 1935 die „Nürnberger Rassegesetze“ verkündet.

Parteien sind soziale Gebilde, die nicht nur und nicht einmal hauptsächlich durch klar umrissene politische Ziele zusammengehalten werden. Vor allem Traditionen und ein spezifischer Blick auf die Vergangenheit stiften Identität und leisten Abgrenzung zu anderen. Politische Bewegungen reihen sich in geschichtliche Abläufe ein. Aktuelle Strategien werden durch Erinnerung an längst vergangene Gegebenheiten stabilisiert oder auch belastet:

Der Verlust der Regierungsmehrheit in NRW löste bei der SPD eine Erosion von Selbstbewußtsein und Zusammenhalt aus, die weit über die unmittelbar praktische Bedeutung des (freilich gewichtigen) Ereignisses hinausging. Sollte die CSU im Herbst in Bayern nicht mehr mit absoluter Mehrheit weiterregieren können, wären die Folgen unübersehbar.

Bestärkend hingegen wirken die Erfolge der NPD-Tarnlisten in Nürnberg und München. Besonders vor dem Hintergrund einer Stabilisierung und Ausweitung des Nürnberger Erfolges (vor sechs Jahren ein, jetzt zwei Stadtratsmandate) wird der Rückgriff auf die Entwicklungszeit der NSDAP, ihre Traditionen und ihre Strategie für die Anhängerschaft logisch. Die Bewegung kann sich als nationalsozialistische begreifen. Ihre Schritte sind damit vorgezeichnet. Die NPD muss sich als gewalttätige, aber hochorganisierte, geführte Kraft darstellen. Sie braucht dazu das Medium der großen Aufmärsche, die sich gegen den Protest der zivilen Gesellschaft brutal durchsetzen. Deswegen erleben wir eine jedes halbe Jahr stärker brutalisierte Aktionstätigkeit der NPD, die auf Zusammenstöße regelrecht erpicht ist. Aber mit diesem Vorgehen allein kann die NPD ihr strategisches Problem nicht lösen. Sie bräuchte Kräfte aus dem konservativen Lager, die sich ihr bei- und zuordnen. Vorboten eine Mehrheit der nationalen Einheit.

Einen solchen Dunstkreis müsste die NPD sich vor allem in München schaffen. Daran arbeitete der vor einigen Jahren im Amt verstorbene Stadtrat der REP Weinfurtner, seine guten Verbindungen zum rechten Rand der CDU fielen allerdings seinen Verbindungen zu faschistischen Terrorbanden zum Opfer, er starb als ein Gescheiterter.

Wird es der CSU gelingen, die Differenz, ja die Kluft zwischen christlichem Konservatismus und Nazi-Denken deutlich zu machen? Es gibt viele Anzeichen, dass sich wenigstens Teile der CSU, auch im Münchner Stadtrat, des Problems bewußt sind. Es gibt aber auch harte Fakten, wie die fremdenfeindliche Instrumentalisierung des U-Bahn-Zwischenfalls im Kommunalwahlkampf der CSU, die belegen, dass Repräsentanten dieser Partei auf Naziköder beißen.

Der NPD-Wahlkampf, der siehe den Bericht über A.I.D.A.-Archiv, vor allem auf Veranstaltungen anderer Parteien geführt werden soll, wird nicht nur dazu dienen, die Diskussionskultur der Linken zu stören, es wird den Nazis genauso darum gehen, bei den CSUlern Äußerungen herauszukitzeln, die sich entweder rechtsextrem auslegen lassen oder einfach rechtsextrem sind.

Martin Fochler ■

te herzustellen. So gab es bei den Nazis u.a. Diskussionen, sich am Erdinger Friedensmarsch zu beteiligen sowie Versuche, sich in die Bewegung gegen den Truppenübungsplatz in Grafenwöhr einzureihen, wobei durch die Forderung „fremde Truppen raus“ der Zusammenhang zur faschistischen Ideologie gebildet wird. Ein weiterer Anknüpfungspunkt findet sich, fast schon traditionell, in der Globalisierungskritik. Hier hat die NPD mit dem Slogan „Global dient dem Kapital“, eine geschickte Formulierung gefunden. Besonders beunruhigend in diesem Zusammenhang sind Planungen der NPD, auf eigene Veranstaltungen weitgehend zu verzichten und ihre Akteure auf Veranstaltungen der politischen Gegner zu schicken. Ob alle KandidatInnen, auch die der LINKEN theoretisch und praktisch hinreichend ausgebildet sind, um derartige Angriffe früh zu erkennen und abwehren zu können, darf an dieser Stelle bezweifelt werden. Jedenfalls stellt das Aida-Archiv auf seiner Website einen Leitfaden zum Umgang mit rechtsextremistischen Provokateuren zur Verfügung.

Praktisch gut aufgestellt

Neben den geschilderten guten ideologischen Bedingungen, ist die NPD in Bayern leider wohl auch praktisch gut aufgestellt. So bildet Bayern den größten Landesverband innerhalb der Partei. Es ist der NPD problemlos gelungen, in allen 91 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Kämpfe zwischen der Partei und den sich Umfeld bewegenden freien Kameradschaften wie sie aus anderen Bundesländern bekannt sind, gibt es so gut wie gar nicht und auch finanziell steht der Landesverband im Gegensatz zu anderen gesichert da. Lediglich die vor allem aus den östlichen Bundesländern bekannte Taktik, sich durch Kinder-, und Familienfeste einen bürgerlichen Anstrich zu geben, steckt in Bayern noch in den Kinderschuhen, auch wenn Ansätze vorhanden sind.

Kein Geheimnis ist, dass es den Nazis auch gelungen ist, sich hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes zu flexibilisieren. Auch in Bayern seien Nazi-Skinheads mittlerweile die Ausnahme. Vielmehr kopieren die Kameradschaften Elemente der Jugendkultur, wie sie von linken Autonomen geprägt wurden. So lassen sich bei Nazi-Aufmärschen nicht nur schwarze Kapuzenpullis, sondern auch Che-T-Shirts finden. Allgemein ist zu beobachten, dass die Nazis in ihr Auftreten aufnehmen, was nur irgendwie werbend wirkt. Mittlerweile gibt es nicht nur altbekannte Schmierereien an Wänden, vielmehr wird auch die Graffiti-Kultur vereinnahmt.

Persönliche Einschüchterung als politische Strategie

Wie sehr die NPD sich in die Tradition des historischen Nationalsozialismus stellt, wird nicht nur an der Verwendung des Begriffs „nationaler Sozialismus“ auf T-Shirts und Transparenten deutlich, sondern vielmehr auch in der historisch überkommenen Taktik der persönlichen Einschüchterung und des direkten Angriffs auf politische Gegner. So wurde eine Kundgebung abgehalten, die sich gegen die Person des Münchner Vorsitzenden des Kreisjugendrings richtete. Kann man diese noch als Misserfolg bezeichnen, da sie mit geringer Beteiligung und weitgehend ohne äußere Wahrnehmung ablief, steht nun anderes zu befürchten.

Für den 13.06. hat die NPD eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung des aida-archivs im Kafe Marat unter dem Slogan „aida-Archiv verbieten“, unmittelbar vor dem Veranstaltungsort angekündigt um damit gleichzeitig zwei Institutionen fortschrittlicher Selbstorganisation anzugreifen (siehe Seite auch 1). Nicht nur aus diesem Anlass verdient das aida-archiv die vollste Unterstützung jeder Demokratin und jedes Demokraten. *J.K.* ■

Siehe Artikel Seite 1

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Spritztour mit Maschinenpistole

Militante Neonazigrüppchen in Frankreich, und ihre ungewöhnlichen Bündnispartner

Zwei (oder drei) maskierte Männer durchqueren im Auto eine Hochhaussiedlung in Saint-Michel-sur-Orge, rund 20 Kilometer südlich von Paris, und ballern aus einer Maschinenpistole. Sie schießen in Mannshöhe aus dem fahrenden Auto. Mindestens 35 Schuss Munition vom Kaliber neun Millimeter werden abgefeuert. „Nur durch glücklichen Zufall", so wird die Staatsanwaltschaft kurz darauf konstatieren, gibt es keine Opfer, sondern sind nur Sachschäden zu verzeichnen. In dem Fahrzeug sitzen zwei respektive drei von wildem Hass erfüllte Neonazis. Ihre Schüsse feuern sie in Richtung der Einwohner einer Sozialbausiedlung in der Trabantenstadt ab.

Diese Szene trug sich nicht in einem Film zu, sondern ereignete sich am Abend des Mittwoch, 28. Mai 2008, wirklich. Im Anschluss wurde eine polizeiliche Durchsuchung bei den Hauptverdächtigen vorgenommen, die in einem Hangar in einem Industriegebiet ein ganzes Arsenal von Waffen zu Tage beförderte: Maschinenpistolen vom Typ Kalaschnikows und eine große Menge Munition, laut Staatsanwaltschaft „eines der bedeutendsten Waffenarsenale, das jemals in diesem Département entdeckt worden ist."

Kurz darauf wurden, am 30. Mai und 1. Juni, drei junge Männer – im Alter zwischen 20 und 24 Jahren – festgenommen. Der jüngste von ihnen ist ein Oberschüler in Saint-Michel-sur-Orge, der ersten Angaben in der Regionalpresse zufolge infolge eines Streits mit Schulkollegen beschlossen bzw. seine Gruppe aufgefordert hatte, „ihn zu rächen". Die beiden Zwanzigjährigen wurden in Untersuchungshaft genommen, und ein Strafverfahren wegen Mordversuchs, Bildung eines bewaffneten Haufens und illegalen Waffenbesitzes wurde gegen sie eingeleitet.

Der älteste der drei Festgenommenen, Camille F., war hingegen möglicherweise nicht selbst bei der Schießerei dabei. Manche Medien und Agenturmeldungen bezeichnen ihn als „Schützen" während der bewaffneten Spritztour im Auto. Anderen Angaben zufolge war er nicht selbst bei der „Strafexpedition" im Auto dabei. Auf jeden Fall aber hat er im Nachhinein versucht, das Tatauto zu verbrennen und so Spuren zu beseitigen. Alle drei jungen Männer haben bekannt, Mitglieder einer bis dato quasi unbekannten Neonazigruppe namens „Nomad-88" (mit der üblichen Buchstabenkombination „88" für „Heil Hitler") zu sein. Die Gruppierung, die weitgehend identisch mit „Nomad-Sécurité" - einem überwiegend aus Skinheads bestehenden Ordnerdienst für rechtsradikale Veranstaltungen und Konzerte – zu sein scheint, soll rund 30 Mitglieder umfassen. Die meisten davon im Raum Paris, mit einem Ableger im ostfranzösischen Nancy.

Jüngst soll die Gruppe auch begonnen haben, im Raum Lyon Fuß zu fassen. Camille F. gilt als ihr Anführer. Diese Prügelcombo ist wiederum (teil)identisch mit einer ein bisschen breiter angelegten „politischen" Gruppierung unter dem Namen La Droite Socialiste (Sozialistische Rechte), die sich insbesondere durch einen rabiaten Antisemitismus kennzeichnet.

Bis dahin könnte man glauben, es handele sich um eine bedeutungslose Splittergruppe. Allerdings verfügt die Vereinigung über recht weitreichende Verbindungen. Camille F. nahm etwa am 24. Mai 2008 am „Nationalistenkongress" in Villepreux in der Nähe von Versailles teil, zu dem zwei stiefelfaschistische Gruppierungen – Renouveau français und Oeuvre française – aufgerufen hatten. Dabei handelt es sich nur um einen der Versuche, im Rahmen des laufenden Prozesses der Umgruppierung der französischen extremen Rechten – vor dem Hintergrund der tiefen Krise ihrer ehemaligen Kernpartei Front National (FN) – eine bestimmte ideologische Unterströmung herauszukristallisieren. So fasste der Kongress von Villepreux, an dem rund 350 Personen teilgenommen haben den militanten Flügel mit starkem Nationalstaatsbezug zusammen. Die am darauffolgenden Sonntag, 1. Juni in Paris gegründete neue rechtsextreme Partei unter dem Namen Nouvelle droite populaire (NDP, „Den kleinen Leuten verbundene neue Rechte"), die dem FN künftig Konkurrenz machen möchte, organisiert hingegen eher die Anhänger eines rassisch definierten, großmächtigen Europa.

Anhänger der Droite Socialiste oder „Sozialistischen Rechten" nahmen aber auch am diesjährigen Aufmarsch des FN am 1. Mai 2008 in Paris teil, auch wenn sie bei der Kundgebung – die in diesem Jahr nur rund 1.500 Menschen anzog, im Gegensatz zu rund 4.000 in den vorangegangenen Jahren – durch den Ordnerdienst ein wenig abgedrängt wurden. Dabei trugen sie Kopfbedeckungen, die an die französische Miliz während des Zweiten Weltkriegs erinnern sollen, schwarze Handschuhe und die bereits bei früheren Kundgebungen zu sehenden Fahnen der Droite Socialiste, nämlich Flaggen in den französischen Nationalfarben mit einem „V" im schwarzen Kreis in der Mitte. *(siehe auch Bilder)*

Allianz mit schwarzen Rassisten

Aber auch wesentlich ungewöhnlichere Kontakte zeichnen sich ab. So organisierte die Droite Socialiste am 8. Mai 2008 eine kleine Kundgebung in der Nähe des Saint-Michel-Brunnens in der Pariser Kernstadt – zusammen mit der „Bewegung der Verdammten des Imperialismus" (MDI, Mouvement des damnés de l'impérialisme).

(Vgl. das Video davon: *http://fr.youtube.com/watch?v=XLoLrQB1pZA&feature=related)*
Bei letzterer Gruppierung handelt es sich um die früheren Anhänger der 2006 verbotenen „Tribu K“, einer Bewegung schwarzer Rassisten und Antisemiten *(vgl. http://www.hagalil.com/archiv/2006/06/tribu-k.htm*; *http://www.trend.infopartisan.net/trd0606/t390606.html ; http://jungle-world.com/artikel/2006/31/17951.html; http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2006/16/1tribuk.shtml),* die für Rassentrennung eintreten und sich für die Abkömmlinge eines alten Herrenvolks namens „Kemiten“ – in Abgrenzung zu den Semiten - erklären.

Ihr Anführer „Kémi Séba“, mit bürgerlichem Namen Stellio Capochichi, rechtfertigte diese Strategie des Bündnisses mit weißen Rassisten und Neonazis seinerseits im Oktober 2006 folgendermaßen: „Die Wut, die seit 20 Jahren in den Banlieues kocht, ist durch die zionistischen Laboratorien wie SOS Racisme und Co kanalisiert und auf den idealen Sündenbock in Gestalt der nationalen Rechten umgeleitet worden. Ich selbst bin im Geiste des Hasses auf diejenigen, die ihr Land lieben, erzogen worden – bis ich die Augen öffnete und jene erkannte, die uns manipulieren, also die Zionisten.“ In diesem Zusammenhang wird Capochichi im Übrigen am 02. September 2008, aufgrund antisemitischer Äußerungen, in Paris vor Gericht stehen.

Und er fügte damals noch hinzu: „Frankreich ist zu einem Konzentrationslager geworden, das die rassische Würde jedes Volkes erstickt. Jede menschliche Gattung hat das Recht, in ihrem Lebensraum zu leben, mit ihren eigenen Gütern. Deswegen sind die Kemiten hier: Sobald wir Entschädigungszahlungen – dieselben wie die von Nürnberg – bekommen haben, werden wir zu uns nach Hause zurückkehren.“ Er bietet den weißen Rassisten also – für den Fall, dass den Schwarzen Reparationszahlungen für Sklaverei und Kolonialismus geleistet würde – die Perspektive einer „Rückkehr“ der in Frankreich lebenden Schwarzen sowie der rassischen „Entmischung“ an. Treten doch beide Seiten für eine Idee der „Reinheit“ durch Nichtvermischung ein.

Extremer „Antizionismus“

Während der Antizionimus in den großen Parteien der französischen extremen Rechten nahezu keine Rolle spielt – traditionell war ein Teil dieses Spektrums eher pro-israelisch, aufgrund des Bündnisses Frankreichs mit Israel während des Algerienkrieges und der Kolonialkriege in den 60er Jahren -, bildet er einen ideologischen Kitt für die Allianz dieser Sorte Neonazis mit der „Tribu K“.

Zur nötigen Begriffsklärung, in Zeiten gröbter politischer Verwirrung: „Antizionismus“, in all seinen Varianten, nennt man die Ablehnung eines (mehrheitlich) jüdischen Nationalstaats in Israel. Für eine solche Haltung kann es zwar völlig unterschiedliche Gründe geben; manche radikale israelische/jüdische Linke beispielsweise definieren sich als „antizionistisch“, da sie für einen „gemischten“ jüdisch-arabischen (oder „binationalen“) Staat als Lösungsperspektive für die israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikte eintreten. Wie immer man eine solche Option politische bewertet, sie basiert bei diesen Protagonisten jedcnfalls auf einer grundsätzlich durch und durch menschenfreundlichen Haltung. Nichts dergleichen, auch nicht im Entferntesten, gilt für den „Antizionismus“ jener Prägung, wie ihn unter anderem (aber keineswegs nur) die Neonazigruppierung La Droite Socialiste, oder auch die schwarze Rassisten- und Antisemitentruppe „Tribu K“ alias „Bewegung der Verdammten des Imperialismus“ vertreten. Bei ihnen dient die Chiffre „Antizionismus“ ausschließlich zur Maskierung eines unverhüllten, offenen, ungebändigten Judenhasses. Wenn sie (aus u.a. strafrechtlichen Gründen) „Zionisten“ und „zionistische Politik“ sagen, dann bezeichnen sie nicht eine bestimmte ideologische Strömung oder die spezifische israelische Nationalstaatsideologie – sondern dann meinen sie völlig unverblümt „Juden“ und „Weltherrschaft“. Damit stehen sie freilich nicht allein.

Der allererste öffentliche Auftritt von La Droite Socialiste war eine Kundgebung im März 2008 – die allerdings nur zehn bis maximal 15 Personen anzog – gegen den Staatsbesuch des israelischen Präsidenten Shimon Peres in Paris. (Vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0408/t210408.html)

Der Aufschwung von Splittergruppen wie Nomad-88, La Droite Socialiste und anderen, auf den ersten Blick „durchgeknallt“ wirkenden Vereinigungen hängt eng mit dem momentanen Niedergang des Masseneinflusses etablierter rechtsextremer Parteien wie des FN und des MNR (Nationale republikanische Bewegung) zusammen.

FNAR: Aufgeflogen, bzw. in die Luft geflogen

Eine weitere „irre“ wirkende Gruppe ist die Fraction nationaliste armée révolutionnaire (FNAR), die ihre Bekennerschreiben mit einem dem der früheren westdeutschen RAF ähnelnden Emblem schmückte, aber jüngst aufgeflogen sein dürfte. Bei der FNAR, deren Abkürzung von manchen Beobachtern auch mit „Front national anti-radar“ übersetzt wurde, handelt es sich um eine Kleingruppe, die seit anderthalb Jahren Radarfallen im Pariser Umland in die Luft sprengt. In Bekennerbriefen forderte sie ein Ende der „Verfolgung der Autofahrer“ durch Geschwindigkeitskontrollen der Staatsmacht, aber auch einen „totalen Einwanderungsstopp“, die „Rückführung aller Illegalen“ und eine bessere Sozialpolitik.

Das Treiben der Truppe dürfte aber vorletzte Woche ein Ende gefunden haben, da ihrem Chef – wenn nicht einzigen aktiven Mitglied – Frédéric Ramiller in seiner Wohnung in der Pariser Vorstadt Clichy-la-Garenne eine seiner eigenen Bomben um die Ohren flog. Und dies in sehr buchstäblichem Sinne. Ihm wurden beide Hände und ein Teil des Gesichts abgerissen, und er liegt noch immer im Koma. Beim Eintreffen der Ersten Hilfe konnte er gerade noch sagen: „Ich bin von der FNAR“, bevor er in Ohnmacht fiel. Dies ereignete sich in der Nacht vom 27. zum 28. Mai dieses Jahres.

Noch ist nicht unklar, ob der 29jährige, der in einem Sortierzentrum der Post in Nanterre arbeitete und als Einzelgänger galt, noch weitere aktive Mitstreiter hatte. Auch untersuchen die Ermittlungsbehörden im Augenblick noch, ob sich die jüngst aufgekommene Vermutung bestätigt (oder nicht), dass Frédéric Ramiller bzw. die FNAR auch mit den drei rassistisch motivierten Brandanschlägen auf den algerischstämmigen Präfekten Aissa Dermouche im westfranzösischen Nantes im Jahr 2004 zu tun hatte.

Unstrittig scheint hingegen, dass er sich von rechtsextremer Prosa ernährt hatte. Nicht nur, dass Schriften wie „Mein Kampf“ in seiner Wohnung gefunden wurde, sein Bekennerbrief trug auch die Spuren des ideologischen Einflusses der früheren Intellektuellenriege des FN. Denn seinen Beitrag zur „Ausländerfrage“ rechtfertigte der Radarfallenbomber damit, dass die französische Identität eine Frucht „griechischen, keltischen und christlichen Erbes“ sei. Diese ideologische Quintessenz war seit den siebziger und achtziger Jahren schrittweise durch die Vordenker der etablierten extremen Rechten herausdestilliert worden, um die „französische Identität“ und ihr angebliches tieferes Wesen – als Kompromiss aus den unterschiedlichen (nationalkatholischen, neuheidnischen...) ideologischen Ansätzen, die zuvor die französische extreme Rechte prägten – zu definieren.

In Anbetracht der Krise der etablierten Kräfte der extremen Rechten scheint sich in Teilen ihrer aktivistischen Umfelds, so stellt die Antifagruppe SCALP in einer ersten Analyse fest, die unter den Neonazis in den USA wie in Deutschland beliebte These vom „führerlosen Widerstand“ kleiner Gruppen an Boden zu gewinnen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Sabine Berninger und Birgit Pelke: Sich frei bewegen zu dürfen, gehört zu den Grundfreiheiten!

ERFURT. Zu der vom Europaparlament in der kommenden Woche zu behandelnden Rückführungsrichtlinie für illegal aufhältige Drittstaatsangehörige appellieren Birgit Pelke und Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherinnen von SPD und LINKE im Thüringer Landtag, in einem Offenen Brief an die bundesdeutschen VertreterInnen im Europäischen Parlament, die Richtlinie in der vorgelegten Form nicht zu beschließen.

„Einige der geplanten Festlegungen widersprechen unseres Erachtens grundlegenden Grund- und Menschenrechten. Insbesondere, unschuldige Menschen bis zu 18 Monate in Haft nehmen zu können sowie ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot oder die Abschiebung von Menschen in Länder, die nicht ihre Herkunftsländer sind, haben mit einer humanitären Flüchtlingspolitik nichts zu tun.

Wir appellieren an die Europaparlamentarier, diesem Vorschlag nicht zuzustimmen und durch die Annahme entsprechender Änderungsanträge eine Weiterbehandlung des Kommissionsvorschlags zu ermöglichen. Gemeinsame Normen und Verfahren in den EU-Mitgliedstaaten dürfen nicht einseitig zu Lasten unschuldiger Menschen und keinesfalls entgegen der Grund- und Menschenrechte gehen“, so die Politikerinnen in einer gemeinsamen Erklärung. ■

Unausgeschöpftes Potenzial: Die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund in NRW

DÜSSELDORF. Das nordrhein-westfälische Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat eine Studie zum Thema – so der Titel – „Frauen zwischen Beruf und Familie/ Entwicklungen in NRW 1997 – 2005“ veröffentlicht. Ein Kapitel widmet sich den Frauen mit Migrationshintergrund. In NRW leben 4,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 22,4 Prozent der Bevölkerung zwischen Rhein und Weser.

Die weibliche Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger als die der Mehrheitsgesellschaft. 29,8 Prozent der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind jünger als 20 Jahre. Der entsprechende Wert für Frauen der Mehrheitsgesellschaft liegt bei nur 16,8 Prozent. Am anderen Ende der Altersskala zeigt sich das ebenfalls. Bei den 60- bis 69jährigen Frauen liegt der Anteil derer mit Migrationshintergrund bei 6,4 Prozent, der Anteil der nicht zugewanderten Frauen bei 14,1 Prozent. Bei den über 70jährigen beträgt das Verhältnis 4,8 zu 17,9 Prozent.

Angesichts der rundum thematisierten demografischen Entwicklung liegt hier also ein Potenzial, das den prognostizierten Arbeitskräftemangel ausgleichen und damit auch die Rentenkassen etwas füllen können. Dieses Potenzial müsste aber erst einmal mobilisiert werden. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund liegt gerade einmal bei etwas mehr als der Hälfte. Bei den Frauen aus der Mehrheitsgesellschaft sind es rund 65 Prozent.

Die konstatierte Situation hat eine Ursache in der schlechten Ausbildungssituation der Frauen mit Migrationshintergrund. 19,2 Prozent haben keinen Schulabschluss und 53,5 Prozent keinen beruflichen Abschluss. Das eher triste Bild ließe sich mit weiteren Daten belegen. Eine Zahl aber konterkariert das Bild: 20,1 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund verfügen über die allgemeine Hochschulreife, die Vergleichszahl der Frauen ohne Zuwanderungsgeschichte liegt mit 21,9 Prozent nur leicht darüber. Das kann man sicher als Argument für die Annahme nehmen, dass bei gezielter Förderung auch die anderen Daten deutlich verbessert werden können.

Quelle: Publikation „Forum Migration Juni 2008“ ■

Petition des Flüchtlingsrates Niedersachsen

HANNOVER. Diese Petition hat ihren Hintergrund in der dramatischen Verschlechterung der Sicherheits- und Menschenrechtslage in dem Inselstaat Sri Lanka.

Von den Kriegshandlungen sind aktuell nicht mehr nur der Norden und der Osten, sondern auch zunehmend der Süden, Westen und besonders die Hauptstadt Colombo betroffen. Eine innländische Fluchtalternative besteht damit nicht. Einige Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Bremen haben daher einen sofortigen Abschiebestopp erlassen.

Petition für einen sofortigen Abschiebestopp nach Sri Lanka

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bitten wir den Niedersächsischen Landtag, die Landesregierung aufzufordern einen sofortigen Abschiebestopp nach Sri Lanka zu erlassen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen katastrophalen Sicherheits- und Menschenrechtslage in Sri Lanka stellt eine erzwungene Rückführung ein nicht hinnehmbares Risiko für die betroffenen Flüchtlinge dar, da für diese im Inselstaat eine existentielle Gefährdung von Leib und Leben besteht.

Auch im Bundesland Niedersachsen ist zumindest ein srilankischer Staatsangehöriger tamilischer Volkszugehörigkeit akut von Abschiebung bedroht.

Zur Situation in Sri Lanka

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes befindet sich Sri Lanka seit Juli 2006 „faktisch im Kriegszustand“. Seit Anfang 2007 ist eine weitere Eskalation festzustellen, die mit einer dramatischen Verschärfung der Menschenrechtssituation einhergeht. Sowohl Regierungskräfte als auch die LTTE (Tamilische Befreiungstiger) und diverse paramilitärische Gruppen gehen mit brutaler Gewalt gegen den Gegner und die Zivilbevölkerung vor. Die Regierungen der Niederlande und der Schweiz reagierten bereits im März 2007 mit einem sofortigen Abschiebestopp auf die verschärfte Lage. Selbst das Bundesinnenministerium empfahl am 08.05.2008 den Bundesländern alle Abschiebungsaktivitäten nach Sri Lanka einzustellen. Niedersachsen hingegen hat es trotz dieser Empfehlungen bis heute unterlassen, verbindliche Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen und verweist die Flüchtlinge stattdessen auf ihren individuellen Rechtsschutz.

Nach der Aussetzung des von den Kriegsparteien nicht eingehaltenen Waffenstillstandsabkommens durch die Regierung am 16.01.2008 ist es zu einer weiteren Verschärfung der allgemeinen Situation im Lande gekommen. Von besonderer Bedeutung ist die „neue Geografie“ des Konfliktes. Waren in der Vergangenheit vor allem der Norden und der Osten betroffen, so sind zunehmend auch der Süden, der Westen und vor allem auch die Hauptstadt Colombo Schauplatz der Kriegshandlungen, wie dies übereinstimmend sowohl das Auswärtige Amt als auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) feststellen. „Es gibt innerhalb Sri Lankas keine Gebiete mehr, in denen die beschriebenen Verfolgungshandlungen nicht ausgeübt werden, auch wenn die Intensität der Bedrohung sich in einzelnen Landesteilen unterscheidet“, führt die SFH aus. Dies bedeutet, dass in dem Inselstaat keine inländische Fluchtalternative mehr besteht.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen haben die Bundesländer Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein bei der Innenministerkonferenz am 18.04.2008 einen sofortigen Abschiebestopp gem. §60a Aufenthaltsgesetz angekündigt. (Die Anordnung der Aussetzung von Abschiebungen gemäß §60 Abs.1 AufenthG des IM Schleswig Holstein liegt bei.)

Der Flüchtlingsrat bittet den Niedersächsischen Landtag, dem Beispiel die-

ser Bundesländer zu folgend die Landesregierung aufzufordern ebenfalls einen Abschiebestopp für in Niedersachsen lebende srilankische Flüchtlinge zu erlassen.

gez. Dr. Hans-Georg Hofmeister
Quelle Pressemitteilung Nds. Flüchtlingsrat - 6.6.2008 ■

Eritreische Deserteure abgeschoben und Haft und Foltergefahr ausgeliefert

FRANKFURT. Am 14. Mai 2008 wurden die beiden eritreischen Asylbewerber Petros Aforki Mulugeta und Yonas Haile Mehari nach Asmara/Eritrea abgeschoben und dort nach Auskunft der Verwandten umgehend inhaftiert. Seither fehlt jede Nachricht von Herrn Mulugeta und Herrn Mehari. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge waren sie wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit" im Flughafenverfahren abgelehnt worden. Das daraufhin angerufene Verwaltungsgericht Frankfurt hatte eine Verfolgungsgefahr als „offensichtlich" nicht gegeben angesehen. Daraufhin wurde den beiden im Frankfurter Flughafen festgehaltenen Asylbewerbern die Einreise verweigert und ihre Abschiebung eingeleitet.

Die fatale Fehlbewertung der Asylfälle hat nun dazu geführt, dass beide Eritreer in Foltergefängnissen des eritreischen Regimes verschwunden sind. Hierfür tragen Bundesamt und Gericht die volle Verantwortung.

Marei Pelzer, Referentin von PRO ASYL, wirft dem Bundesamt und Verwaltungsgericht Frankfurt eine eklatante Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention vor. „PRO ASYL fordert die Bundesregierung auf, sich umgehend für die Freilassung der beiden Eritreer einzusetzen", sagte Marei Pelzer.

Dass die Gefährdung der beiden Asylbewerber sehr wahrscheinlich war, hätte sich für Bundesamt und Gericht aufdrängen müssen. Die Betroffenen hatten geltend gemacht, aus dem eritreischen Militär desertiert zu sein. Einer der beiden hatte zudem vorgetragen, sich als Soldat geweigert zu haben, sich an Folterungen von Häftlingen zu beteiligen und war deswegen selbst in den Fokus staatlicher Drangsalierung geraten.

„Es ist auch den deutschen Behörden allgemein bekannt", so Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V., „dass Desertion in Eritrea mit willkürlichen Festnahmen, Folter und Zwangsarbeit geahndet wird – alles ohne Gerichtsverhandlung.

So werden z.B. als militärische Bestrafung die Opfer sehr häufig gefesselt für mehrere Tage oder manchmal sogar für Wochen in die Sonne gelegt. Das trifft sowohl Männer als auch Frauen, weil beide mit 18 Jahren wehrpflichtig werden."

Aufgrund dieser Situation sind die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus Eritrea überdurchschnittlich hoch. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegt die Quote bei 53,1 % (erstes Vierteljahr 2008). Hinzu kommen weitere Anerkennungen vor den Gerichten.

Derzeit wartet im Frankfurter Flughafentransit ein weiterer eritreischer Deserteur, Herr Abdelraham Ferah, auf seine Abschiebung. Sein Asylantrag wurde ebenfalls als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt. PRO ASYL, Connection e.V. und der Hessische Flüchtlingsrat appellieren dringend an das Bundesinnenministerium, den eritreischen Flüchtling einreisen zu lassen und sein Asylverfahren neu aufzurollen. Die Abschiebung von gefährdeten eritreischen Flüchtlingen darf sich nicht wiederholen.

Die Organisationen fordern, dass Deserteure und Deserteurinnen aus Eritrea asylrechtlichen Schutz erhalten. Zudem dürfen ihre Asylanträge nicht mehr im Schnellverfahren im Flughafenverfahren behandelt werden. Die Menschenrechtslage in Eritrea gebietet es, dass eine ernsthafte Prüfung der Asylgründe erfolgt. Das ist im Flughafenverfahren nicht gewährleistet.

Marei Pelzer, PRO ASYL
Rudi Friedrich, Connection e.V.
Timmo Scherenberg,
Hessischer Flüchtlingsrat ■

Kirchen veröffentlichen Gemeinsames Wort und Materialien zur Interkulturellen Woche

BONN. 30. Mai 2008. „Teilhaben – Teil werden!" – so lautet das Motto der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger, die vom 28. September bis zum 4. Oktober 2008 bundesweit stattfindet. Im heute veröffentlichten Gemeinsamen Wort der Kirchen werben der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), Bischof Dr. Wolfgang Huber, und der Metropolit Augoustinos, Griechisch-Orthodoxer Metropolit von Deutschland, darum, Zuwanderern die Möglichkeit zu gleichberechtigter Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens zu geben. Sie begrüßen die „anerkennenswerten Integrationsanstrengung", äußern sich jedoch auch kritisch zur zurückhaltenden Umsetzung der Bleiberechtsregelung und zur Neuregelung des Ehegattennachzugs. Auf europäischer Ebene sorgen sich die Vertreter der Kirchen um die Entwicklung des Flüchtlingsschutzes und sehen insbesondere Flüchtlinge ohne Papiere „in ihrer Würde besonders bedroht.

Quelle:jesuiten-fluechtlingsdienst. ■

ATIK-Aktivist bei Einreise nach Deutschland verhaftet!

HANNOVER. Am Freitag dem 23. Mai 2008 wurde Önder Dolutas am Flughafen Frankfurt-Hahn wegen „eines Auslieferungsgesuches des türkischen Staates über Interpol" in Haft genommen. Am 24. wurde er dem Haftrichter vorgeführt, verhaftet und anschließend in Justizvollzugsanstalt-Rohbach nach Wöllstein (Reinland-Pfalz) gebracht. Nun soll er in Auslieferungshaft bleiben, bis der Sachverhalt durch das Oberlandesgericht in Koblenz entschieden wird.

Aus diesem türkischen Haftbefehl geht hervor, dass Önder Dolutas in der Türkei in seiner Abwesenheit zu 12,5 Jahren Haft verurteilt worden ist. Dieses Urteil wurde wegen „unter Folter aufgenommenen Aussagen" und festgestellten Unrechtmäßigkeiten mittlerweile durch höhere Instanzen (Revisionsgericht in Ankara) aufgehoben, es wird neu verhandelt. Aufgrund seiner progressiven Persönlichkeit und seiner oppositionellen Haltung gegenüber dem türkischen Staat, während seiner Studienzeit an der Universität in Istanbul, wurde er in der Türkei öfters verhaftet. Er war der staatlichen Repression und der gefürchteten Folter schutzlos und mehrfach ausgeliefert.

Er flüchtete vor einigen Jahren nach England und bekam vor einigen Jahren Asylanerkennung unter anderem auch weil ihm in der Türkei Misshandlung und Gefängnis droht. Anfang dieses Jahres hatte er sogar die britische Staatsbürgerschaft und Reisepass erhalten. Sein politisches Engagement ging nahtlos weiter. 2006 wurde er in England aufgrund dieses „türkischen Haftgesuches" schon mal verhaftet, jedoch nach wenigen Tagen wieder freigelassen, da dieser Haftbefehl der türkischen Sicherheitsbehörden in London per Gerichtsbeschluss als „nicht rechtskräftig" deklariert wurde. Nun ist er erneut und diesmal in der BRD festgenommen. Laut der Aussage seiner Anwälte ist eine Auslieferung „Aufgrund der Legislative des Deutschen Gesetzes" trotzdem möglich, obwohl Önder Dolutas eine Staatsbürgerschaft eines EU-Staates besitzt!!!

Die Art wie Önder Dolutas verhaftet wurde, wie er festgehalten wird, ist nichts weiter als eine Farce der deutschen „Justiz", die in Zusammenarbeit mit anderen EU Staaten sowie der türkischen Regierung oppositionelle und exilpolitische Menschen, die eine andere Überzeugung haben, einzuschüchtern und Mundtot zu machen.

Die deutschen Justizbehörden und die Regierung wollen mit dieser Art der Repressalien, ein für sich sprechendes Beispiel setzen, „wann immer wir wollen werden wir Menschen der Schutzlosigkeit ausliefern, egal woher sie kommen

„Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung“

PRO ASYL und medico international stellen gemeinsames Positionspapier vor

medico international und PRO ASYL fordern von der Europäischen Union eine drastisch veränderte Politik im Bereich des Flüchtlingsschutzes und der Entwicklungshilfe.

Mit der Broschüre „Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung“ veröffentlichen erstmals eine entwicklungspolitische und eine überwiegend im Inland tätige Menschenrechtsorganisation eine gemeinsame Positionsbestimmung. Es werde immer deutlicher sichtbar, so medico international und PRO ASYL, in welchem Umfang politisches Fehlhandeln und Versäumnisse der industrialisierten Staaten Ursache von Flucht und Zwangsmigration seien. Während die Welt im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung näher zusammengerückt sei, hätten sich Strukturen der Ungleichheit in vielen Regionen verfestigt.

Eine Politik, die auf immer neue Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und Migranten sinne, sei inhuman und kurzsichtig. „Boote der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX vor den Küsten Afrikas sind keine Lösung, sondern Teil des Problems“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Scharf kritisieren medico international und PRO ASYL die Rolle der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. Sie fühle sich bei ihren Operationen nicht an die völkerrechtlichen Garantien der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention gebunden. FRONTEX versuche, Asylsuchende und Schutzbedürftige zu illegalen Migranten umzudeklarieren.

medico international und PRO ASYL fordern die Schaffung neuer rechtlicher Schutzinstrumente für Menschen, die auf der Flucht vor Umweltveränderungen und Klimawandel ihre Herkunftsstaaten verlassen müssen. Die Hauptverursacher der globalen Umweltprobleme seien auch dafür verantwortlich, an Lösungen mitzuwirken. Eine Wirtschafts- und Handelspolitik, die den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen ernst nehme, anstatt sehenden Auges ganze Volkswirtschaften in den Ländern des Südens zu vernichten, sei erforderlich. „Der Abbau der Agrar- und Fischereisubventionen der Europäischen Union ist ein erster Schritt, der sofort gegangen werden muss“, so Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international. Entwicklungshilfe könne nicht kompensieren, was hier an Verwüstungen bereits angerichtet worden sei.

medico international und PRO ASYL weisen die populistischen Horrorszenarien zurück, mit denen Politiker in EU-Staaten innerhalb der Bevölkerung Ängste vor einem vermeintlichen Ansturm von Armutsflüchtlingen wecken. Für eine EU mit etwa 500 Millionen Einwohnern sei sowohl eine humane Aufnahme von Flüchtlingen als auch eine geregelte Einwanderungspolitik machbar. Stattdessen trage die rigide Abschottungspolitik der EU-Staaten dazu bei, dass die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge unter prekären Bedingungen in Notbehausungen und Flüchtlingslagern der Entwicklungs- und Schwellenländer leben müsse.

Die beiden Organisationen warnen dringend davor, unter dem Stichwort der „zirkulären Migration“ das Gastarbeiter- bzw. Rotationsmodell wiederzubeleben. Eine selektive Anwerbepolitik nach Nützlichkeitsgesichtspunkten, verbunden mit einem rigiden Rückkehrzwang, sei menschenrechtlich nicht zu verantworten. Das Konzept diene vielmehr dazu die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers und westafrikanische Staaten als „Türsteher Europas“ in Dienst zu nehmen. Bereits jetzt spanne sich ein Netz von Rückübernahmeabkommen über die Region. Als Gegenleistung für die Verlagerung des EU-Außengrenzschutzes in die Herkunftsregionen von Flüchtlingen seien bereits in den letzten Jahren bilateral höhere Entwicklungshilfeleistungen und befristete legale Arbeitsmöglichkeiten für streng begrenzte Kontingente von Arbeitsmigranten versprochen worden.

gez. Günter Burkhardt
Geschäftsführer von PRO ASYL
gez. Thomas Gebauer
Geschäftsführer von medico international

Quelle: ProAsyl – medico international Presseerklärung 5. Juni 2008 ■

---

und welchen Status sie haben“. Dies gilt hauptsächlich für die progressiven Kräfte von MigrantInnen. Deshalb protestieren wir vehement, gegen die Haltung der deutschen Justizbehörden und der Regierung von SPD/CDU. Wir fordern die sofortige Freilassung von Önder Dolutas und die Einhaltung der Regelungen der Genfer Konvention für das Asylrecht und Staatsbürgerschaftsrecht.

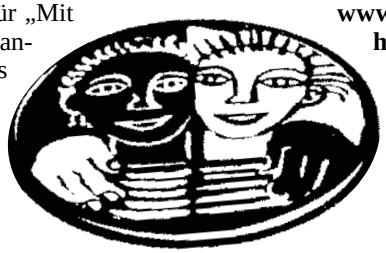
Wir fordern gleichzeitig die Britische Regierung und seine Auslandsvertretungen, seinen Staatsbürger vor Unrecht zu schützen. Alle demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Einzelpersonen, sowie MenschenrechtsaktivistInnen und Anti-Repressionsbewegungen sind vor diesem skandalösen Fall gefordert, dieses Unrecht zu begegnen und Önder Dolutas freizubekommen, damit er sich seinem beruflichen und demokratisch politischen Werdegang widmen kann.

Freiheit für Önder Dolutas!
Stoppt die Abschiebepraxen der EU-Staaten in den Tod, Folter und in di Armut!
Hoch die Internationale Solidarität!

Niederschächsiche Flüchtlingsrat ■

Gesundheitslotsen: Wegweiser durch das deutsche Gesundheitssystem

BERLIN. Im März 2008 hat die Integrationsbeauftragte des Bundes, Maria Böhmer, Gesundheitslotsen ausgezeichnet, die im Projekt MiMi ehrenamtlich aktiv sind. MiMi steht für „Mit Migranten für Migranten“, ein bundesweites Präventionsprojekt von Betriebskrankenkassen und dem Ethno-Medizinischen Zentrum Hannover.



Die Gesundheitslotsen informieren Migrantinnen und Migranten in der Muttersprache über das deutsche Gesundheitssystem und die Vorsorgemöglichkeiten. Sie selbst werden in einem mehrwöchigen Kurs darauf vorbereitet. Bislang gibt es rund 600 Gesundheitslotsen, die in 30 Sprachen Informationen in Gemeindezentren, religiösen Einrichtungen oder Sportvereinen anbieten.

Im Rahmen des Projekts wird auch ein Wegweiser durch das deutsche Gesundheitssystem angeboten, der in 15 Sprachen erschienen ist.

Informationen unter:
www.bkk.de/mehr-gesundheit-fuer-alle

Quelle: Publikation „Forum Migration Juni 2008“
■

Fortsetzung von Seite 1

warte. Er habe die Antwort erhalten, auf die Entwicklung in Palästina, vielleicht würde sich die Lage dort bessern und er könne zurückkehren. Bei dieser Schilderung lacht Hamza, denn er habe diese Antwort als einen Scherz empfunden, da der Krieg mit Israel und der Terror, den die Palästinenser ertragen, seit sechzig Jahren andauerte. Auch Haschima, die Irakerin, empfindet sich mit ihrem Mann und ihrer sechs jährigen Tochter ebenfalls unwürdig in Isolation ohne Perspektive untergebracht. Die Familie lebt seit drei Jahren im Lager. Die Zimmer waren von Schimmel befallen, die Gemeinschaftsduschen befinden sich ca. 100 Meter in Entfernung von den Baracken, wo die Familien untergebracht sind. Im Winter liege dort immer Schnee. Nach dem Duschen läge das Kind immer einige Tage wegen Erkältung im Bett. Auf anwaltlichen Rat gefragt, ob und welche Perspektive sie auf ein Bleiberecht hätte, musste der Unterzeichner passen. Eine Bleiberecht steht ihr zur Zeit nicht zu. Der Bundesinnenminister möchte lediglich christlichen Irakern und Yeziden ein Bleiberecht gewähren.

Mohammed Sbaih und weitere, die selbst vier Jahre im Lager gewohnt haben, organisierten seit Februar d. J. Proteste der Flüchtlinge mit der Forderung nach Schließung des Lagers und Unterbringung in normalen Wohnungen. Der erfolgreiche Protest, zudem auch der Antrag der Flüchtlinge an den Landtag von Thüringen sowie an Amnesty International gehört, führte zu Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien. Dies wiederum hatte zur Folge, dass man übereilt Mauerrisse in den Wänden zugespachtelt hat und streichen ließ. Man versuchte die Proteste der Flüchtlinge durch polizeiliche Drohungen gegen die „Rädelsführer“ zu brechen. Nachdem auch dies nicht half, wurden Mohammed Sbaih und Saik, bevor die Fernsehkameras kamen, in andere Flüchtlingslager zwangsversetzt. Die Polizei gab diesen eine Stunde Zeit ihre Sachen zu packen. Zwei Wochen später sollte der Palästinenser Mohammed Sbaih abgeschoben werden, was durch einstweiligen Beschluss des Verwaltungsgerichts gestoppt werden konnte.

In Erklärungsnotstand teilt das Landsratsamt Saalfeld-Rudolstadt mit, die Schimmelpilzerscheinungen in den Unterkünften seien durch die Flüchtlinge selbst verursacht, da in den Zimmern zu viel Kartoffeln gekocht und nicht hinreichend gelüftet werde. Wer die Baracken in Augenschein nimmt, wird eines anderen belehrt. Die zugespachtelten Risse in den Wänden und weiterhin vorhandene Feuchtigkeit an den Außenwänden weisen auf die Ursache der Schimmelbildung, insbesondere auch darauf, dass es nur eine Frage der Zeit ist, dass der Schimmel durch die Farbtünche wiederdurchbrechen. Bilder über die Feuchtigkeit an den Außenwänden anbei. Diese Begründung erscheint besonders zynisch. Denn die Gemeinschaftsküche wurde durch die Hausleitung ab 17.00 Uhr geschlossen. Denn Flüchtlingen blieb also nichts anderes über, als auf Zimmern oder in Bereichen der Wohnräume zu kochen. Ein azerischer Flüchtling berichtet, dass er sich im Lager seine Leber vergrößert habe. Er könne nachweisen, dass in Aserbaidschan vor seiner Ausreise völlig gesund gewesen und dies erst während der Zeit der Unterbringung in Katzhütte erfolgt sei. Das Warmwasser und die Heizung sei auch in Winterzeiten abgestellt worden. Während des Besuchs gestern haben wir die Warmwasserhähne ca. eine halbe Minute laufen lassen, das kalt fließende Wasser wurde kälter. Die Zwischenwände bestehen aus Presspappe. Eine Privatsphäre gäbe es nicht, so Hamza.

Die Betreiberfirma K & S erhält für ihre Wach- und Hausmeisterdienste pro Kopf der untergebrachten Flüchtlinge einen Betrag von ca. EUR 16,00 pro Tag. Im Falle der fünfköpfigen armenischen Familie wären das EUR 2090,00 im Monat. Hinzu kommen die Betriebskosten des Lagers. Wenn man ca. EUR 600,00 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für die Familie hinzu rechnet, lässt sich der Staat diese Lagerunterbringung der Familie monatlich schätzungsweise EUR 2890,00 im Monat kosten. Nur mit bereits 70 % dieser Kosten könnte diese Familie in einer normalen Wohnung mit Arbeitslosengeld II-Leistungen versorgt werden. Die Abschreckung, welcher die Lagerunterbringung dienen soll, lässt sich der deutsche Staat also unter Verletzung der Menschenwürde viel kosten.

80 % der Flüchtlinge bleiben sowieso nicht im Lager, so einer der Flüchtlinge von Katzhütte. Wer Familie, Freunde oder Verwandte habe, komme sowieso nur gelegentlich ins Lager, um die geringen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abzuholen und nehme die Bestrafung aufgrund Verletzung der „Residenzpflicht“ in Kauf. Nur die Familien bleiben im Lager. Die pro Kopf Zahlungen an die Betreiberfirma werden trotzdem geleistet. Bei 80 Flüchtlingen immerhin schätzungsweise EUR 38.400,00 im Monat.

Auf der Demonstration zur Schließung des Flüchtlingslagers in Katzhütte und für die Unterbringung der Flüchtlinge in normalen Wohnungen wurde zum Ausdruck gebracht, dass für die Flüchtlinge in Katzhütte die Verfassung dieses Landes mit ihrem Artikel 1, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist und sie zuschützen Aufgabe aller staatlichen Gewalt ist, nicht das Papier wert sei, auf dem es gedruckt ist. Ein Erfolg der Proteste der Flüchtlinge durch Schließung des Lagers könnte dem Grundgesetz zum verdienten Recht verhelfen.

Mülayim Hüseyin, Rechtsanwalt ■

Internationale Vereinbarung zum 60. Jahrestag der NATO

Wir, die internationalen TeilnehmerInnen aus 10 Ländern, haben uns am Rande des Afghanistan-Kongresses in Hannover getroffen, um die Gegenaktivitäten zum 60. Jahrestag der NATO zu diskutieren. Dieser Jahrestag wird im Mai 2009 in Straßburg und Kehl gefeiert. Wir haben folgende Verabredung getroffen:

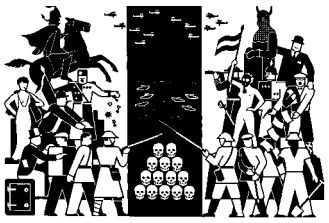
60 Jahre NATO sind genug. Die NATO treibt den globalen Krieg gegen den Terror an. Die NATO steht für das Raketenabwehrschild, Militärbasen in der ganzen Welt, Nuklearwaffen, Militäreinsätze und Militärausgaben. Die NATO steht in Konkurrenz zur UNO und zum Völkerrecht und ist mehr und mehr verwoben mit der europäischen Sicherheits- und Militarisierungspolitik. Aber die NATO ist nicht allmächtig, sie ist unter extremen Druck in Afghanistan. Wir rufen dazu auf, Diskussionen in den nationalen und internationalen Friedensbewegungen anzustoßen, um große Aktionen aus Anlass des 60. Jahrestages aufzubauen. Wir wollen unsere Informationen weit streuen, damit mehr Initiativen sich in eine große Koalition für den 60. Jahrestag einbringen. Wie ermutigen speziell Bewegungen und Initiativen aus Osteuropa, dem Balkan und anderen Regionen sich zu beteiligen. Unter einem gemeinsamen Dach sollen fantasievolle Aktionen wie Gegengipfel, Demonstrationen, Camps, Festivals und anderes vorbereitet werden. Wir brauchen einen demokratischen Vorbereitungsprozess.

Wir werden eine breite internationale Zusammenarbeit schaffen, die die unterschiedlichen sozialen und ökologischen Bewegungen weltweit einbezieht und so unsere (unterschiedlichen) Gründe gegen die NATO zum Ausdruck bringt.

Wir setzen diese Diskussionen auf Treffen in Brüssel, Paris und unseren Veranstaltungen auf dem ESF in Malmö fort, um mehr Menschen in diese Aktionen einzubeziehen. Wir bitten die Friedensbewegung in den unterschiedlichen Ländern, auf eigenen Treffen den Gipfel vorzubereiten. Wir geben diese Informationen auch an jene weiter, die heute nicht hier sind.

Wir beginnen mit der Diskussion für einen Internationale Aktionskonferenz Herbst. Wir bitten die unterschiedlichen Bewegungen, sich an solch einer Konferenz im Oktober 2008 in Frankreich oder Deutschland zu beteiligen. Zur Vorbereitung dieser Konferenz und der nächsten Schritte wird eine kleine, offene Vorbereitungsgruppe gebildet mit:

Arielle Denis, (Movement de la Paix, Frankreich)
Reiner Braun (IALANA und Kooperation für den Frieden, Deutschland),
Chris Nineham (Stop the War Coalition, GB),
Tobias Pflüger (MEP, IMI, Deutschland),
Thomas Magnusson (International Peace Bureau, Schweden),
Sotiris Kontogiannis (Griechenland),
Elaheh Rostami Povey (Stop the War Coalition, GB/Iran),
Peter Strutynski (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag)



Aufruf des Internationalen Afghanistan-Kongresses in Hannover

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile“ Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird. Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten

Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Hannover, 8. Juni 2008

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechte Bestandsaufnahme

Nation& Europa Nr. 6/2008

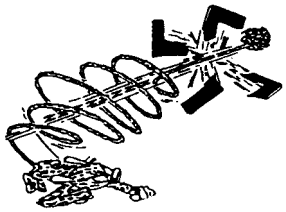
Bei aller berechtigten Besorgnis angesichts neofaschistischer Wahlerfolge (vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR) und aller, genauso berechtigten, Empörung angesichts brauner Gewalt, Hetze und Provokationen, wird unter Demokrat(inn)en häufig übersehen, dass auf der äußersten Rechten die Bäume nicht unbedingt in den Himmel wachsen. Ein Blick in die einschlägige Presse, im vorliegenden Fall in die Juniausgabe von „Nation & Europa“, kann zu einer realistischen Einschätzung der Situation rechts von CDU und CSU beitragen.

„Deutsche Rechte – wohin?“ nennt Thorsten Thomsen seine „Bestandsaufnahme und Ausblick“, die sich vom Zweckoptimismus der diversen Rechtsgruppierungen und -parteien deutlich unterscheidet: „Anderthalb Jahre vor der Bundestagswahl und rund ein Jahr vor der Europawahl sieht sich die deutsche Rechte den altbekannten Problemen gegenüber: Zwar gibt es regionale Hochburgen, ein bundesweiter Durchbruch ist jedoch nicht in Sicht. Erschwerend kommt hinzu, daß jene regionalen Hochburgen nicht – wie in Österreich, Frankreich oder Flandern – von einer Partei gehalten werden, in der sich die verschiedenen Strömungen des nationalidentitären Spektrums wiederfinden, sondern daß unterschiedliche Parteien existieren, die zumeist konkurrieren oder, wie im Fall von NPD und DVU, kooperieren“.

Im Anschluss an die allgemein gehaltene Diagnose wendet sich Thomsen den einzelnen Parteien und Gruppen zu, beginnend mit der NPD: „Unter dem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt haben sich die Nationaldemokraten zu einer aktionistisch ausgerichteten Formation entwickelt, die sich auch inhaltlich radikalisiert hat. ... Heiß umstritten ist der Umgang mit der Kameradschaftsszene und den ‚Freien Nationalisten‘, gemeinhin als ‚Neonazis‘ bezeichnet. ... Auch innerhalb der NPD ist die Haltung gegenüber den ‚Freien‘ mittlerweile eine Streitfrage, an der sich die Gemüter erhitzen. Unlängst wurden dem ‚Spiegel‘ Abschriften von E-Mails und vertrauliche Dossiers aus der Parteiführung zugespielt, die auf eine handfeste Führungs- und Richtungsdebatte deuten. Mehrere Spitzenfunktionäre der Nationaldemokraten warnten in den Schriftstücken vor einer zu starken Anlehnung an den Stil radikaler Jugendgruppen. Man dürfe sich, so Sachsens Fraktionschef Holger Apfel, ‚von einer Handvoll Idioten‘ nicht ‚alles kaputtmachen‘ lassen, und Parteivize Sascha Roßmüller mahnte: ‚Der Bürger will weder eine Skinhead- noch eine NS-Partei‘“.

Die sich in der Praxis im Privateigentum des Münchener Millionärs Frey befindliche DVU wird nur kurz abgehandelt: „Vermutlich werden sich die Bruchlinien bei fortbestehender Erfolglosigkeit weiter vertiefen. In Bremen und Hamburg mußte die DVU schmerzhafte Rückschläge einstecken, obwohl sie früher in den Stadtstaaten ihre Stärken ausspielen konnte. Doch gerade dort gräbt die LINKE den Rechtsparteien das Wasser enorm ab. Höchste Zeit also, sich auch um andere Wählerschichten als die in den sozialen Brennpunkten der Großstädte zu kümmern“.

Positiver dagegen sieht der Autor die „pro-Bewegung“: Unterdessen wächst in Nordrhein-Westfalen mit Pro NRW und deren lokalen Ablegern in Köln sowie in anderen Regionen und Städten des Landes eine politische Kraft heran, die im Westen für andere Rechtsparteien zu einer ernsthaften Konkurrenz werden könnte. ... Anders als die NPD, distanzieren sich die Pro-Gruppen von der Szene der ‚Freien Nationalisten‘, die ihnen, ebenso wie der nordrhein-westfälische Landesverband der Nationaldemokraten, deswegen alles andere als wohlgesonnen ist. Damit halten sich die Pro-Gruppen unliebsame Figuren vom Hals, die ihr politisches Profil, das sie selber als ‚rechtspopulistisch‘ bezeichnen und das sich an dem der FPÖ orientiert, nachhaltig beschädigen könnte. Diese Sorge sollte man nicht grundsätzlich als feige oder anpasserisch abtun. Aus der Stigmatisierung ergeben sich Nachteile, die nicht von der Hand zu weisen sind. ... Pro Köln und Pro NRW konnten durch ihren Kurs jedoch personelle Zugewinne erlangen, die bei NPD oder DVU in dieser Art momentan nicht denkbar wären.“



Beim Thema „Israel“ (wer N&E kennt, weiß allerdings, dass es dort nicht um Israel, sondern um tiefsitzenden Antisemitismus geht) allerdings wird Thomsen mäkelig: „Außerdem muß strikt getrennt werden zwischen einer abzulehnenden Ausbreitung des aggressiven Islamismus in Europa und dem legitimen Recht der Staaten in der islamisch geprägten Welt auf Selbstbestimmung und Widerstand gegen die imperiale Politik der USA und den nicht minder aggressiven Zionismus in Palästina. Bei dieser notwendigen Trennung helfen ‚Kronzeugen‘ wie Ralph Giordano oder der uneingeschränkte Israel-Fan Geert Wilders nicht weiter“.

An die Diagnose schließt der Autor seine Therapie-Vorschläge an: „Die Rechte muß verdeutlichen, daß sie nicht nur politisches Korrektiv sein möchte, sondern eine grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen ‚System‘ und dessen Parteien darstellt. ... Die Rechte muß lernen, politischen Aktionismus mit seriösem und ansprechendem Auftreten zu synthetisieren. ... Die Rechte muß integrativ wirken, statt ab- und auszugrenzen. Sie muß sich als Plattform aller politikfähigen Strömungen des patriotischen Spektrums begreifen. Sie muß offen sein für alle, deren Leitbild von Begriffen wie Volk, Nation, Heimat und Identität geprägt wird: Ob wertkonservativer Christ, toleranter Neuheide oder Agnostiker, ob Sozialpatriot oder Nationalliberaler, ob zukunftsorientierter Nationalist oder Nationalkonservativer ... im Rahmen einer ‚rechten Volkspartei‘, die kleingeistigen Klientelismus überwunden hat, kann sich jeder aufgeschlossene Patriot wiederfinden. Ausgeschlossen sollten nur jene bleiben, die ihr Heil entweder in einem rückwärtsgewandten Nostalgismus suchen oder keine grundsätzliche Veränderung im zuvor genannten Sinne anstreben ...“. Man darf neugierig darauf sein, wie die N&E-Leser(innen) auf diesen Rundumschlag reagieren werden.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507